

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- **Türkei: Demokratie vor dem Aus?**
- **Aktuelles zur Wahl in Frankreich**
- **Fachtagung Forum Linke Kommunalpolitik Baden-Württemberg:
Krankenhausschließungen im ländlichen Raum und was dann?**
- **Europäische Säule sozialer Rechte: Auf dem Weg zu einem sozialen Europa?**
- **Zur Einführung in den Film „Der junge Karl Marx“ von Raoul Peck**
- **Kalenderblatt, 29.12.1978: Die spanische Verfassung verankert das Recht auf
Bildung**

Ausgabe Nr. 3 am 16. März 2017, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Bayern: Volksbegehren gegen Ceta nicht zugelassen.

Am 16. Juli 2016 hatte das Bündnis „Volksbegehren gegen Ceta“ mit der Unterschriftensammlung begonnen, dessen Ziel war, die Landesregierung Bayerns auf ein Nein im Bundesrat festzulegen. Bereits am ersten Tag war die erforderliche Zahl von Unterschriften mit 50 000 weit übertroffen. Das bayerische Innenministerium entwickelte dann die Auffassung, dass der Gegenstand des Begehrungs nicht zulässig sei. So ging die Sache zur Entscheidung vor den bayerischen Verfassungsgerichtshof, der am 15. Februar 2017 dem Innenministerium recht gab. Die Initiatoren des Volksbegehrungs betonen, dass sie im Fall der Zulassung einen klaren Sieg erzielt hätten, und raten nun: „Tragen wir Ceta in den Bundestagswahlkampf.“ Allerdings „Da es unser Volksbegehren nicht geben wird, werden wir das Büro auflösen, das dieses Projekt in den letzten Monaten vorbereitet und durchgeführt hat.“

Nach den Ereignissen des letzten Jahres – Österreich-Wahl, Brexit, Trump-Wahl, Le-Pen-Aufschwung – wird sich im Bundestagswahlkampf herausstellen müssen, wie der linken und ökologischen Kritik eine Abgrenzung vom nationalistischen Protektionismus gelingt. Die SPD jedenfalls hat mit der Schulz-Nominierung Position bezogen. Dieser Kandidat wird sich weder gegen den Inhalt des Abkommens aussprechen noch die Kompetenz der EU bestreiten, es zu beschließen. <http://www.bayern.verfassungsgerichtshof.de>, <https://www.volksbegehren-gegen-ceta.de>

Martin Fochler

Brexit-Gesetz beschlossen

Am 13.3.2017 hat das britische Unterhaus das Brexit-Gesetz beschlossen, bis Ende März soll der anschaulich genannte Scheidungsantrag Großbritanniens von der EU dem Europäischen Rat vorgelegt werden, innerhalb von zwei Jahren müssen die Verhandlungen zwischen EU und Großbritannien beendet sein.

Neun Monate ist es her, dass sich mit 52% die Briten im Referendum für den Austritt Großbritanniens aus der EU entschieden haben. Allerdings: Bewohner von England und Wales mit Mehrheit, jene von Schottland und Nordirland in Minderheit. Die Erste Ministerin von Schottland will jetzt auch ausscheren aus der britischen Union und – nach 2014 (45% waren damals für schottische Unabhängigkeit) – erneut ein Referendum zur Unabhängigkeit Schottlands durchführen.

High Court und Supreme Court, die höchsten Gerichtsinstanzen, die Großbritannien kennt, haben eine Bremse ge-

zogen gegen die Idee der Ermächtigung der Staatsführung und demokratische Kontrolle des Regierungshandelns bzw. der Abwicklung bestehender Verträge eingefordert. Unterhaus und Oberhaus müssen beteiligt werden und haben jetzt in bereits mehreren Sitzungen Bedingungen gestellt und Gestaltungsmaßgaben gefordert. In den Einwänden aus der Unterhausdebatte und verstärkt noch in den „Bis-hierher-und-nicht-weiter“-Beschlüssen des Oberhauses kommt Respekt vor Demokratie und Menschenrechten zum Ausdruck: Bevor ein Austrittsabkommen dem Europäischen Parlament vorgelegt würde, muss es nun von den britischen Parlamentariern abgestimmt werden und nicht einfach den Ministerien überlassen werden; im Falle einer Nichteinigung mit der EU sollen die Parlamente über den Abbruch der Verhandlungen durch die Regierung entscheiden; Aufenthaltsrechte für EU-Bürger sollen einseitig durch die britische Regierung zugesichert werden.

Es wäre wohl wirklich wichtig, dass die EU ihrerseits eine Politik des Entgegenkommens verfolgt, wobei die Frage der Freizügigkeit und der (Aufenthalts)rechte britischer Bürger sich anbietet. An der Findung konzilianter Wege hängt am Ende auch die Gestaltung der EU-Außengrenze, die zwischen Irland und Nordirland verlaufen wird. Dies wird Auswirkungen auch auf alle anderen Grenzfragen der EU haben.

Eva Detscher

„Das wird keine Änderung, sondern die Abschaffung des klassischen Systems einer parlamentarischen Demokratie“

Zur Beurteilung von Verfassungsfragen gehört Kenntnis der politischen Kultur des jeweiligen Landes. In einem Interview in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 13. März betont der Jurist Prof. Dr. Christian Rump aus Stuttgart* die Bedeutung der Parteistrukturen, die seit Beginn des republikanischen Zeitalters in der Türkei streng nach dem Führerprinzip geordnet gewesen seien. Die Parteivorsitzenden bestimmen zum Beispiel, wer Kandidat wird, und damit die Zusammensetzung der Parlamente auf allen Ebenen. Die Identität von Staatsspitze und Parteiführer, die mit der geänderten Verfassung herstellbar sei, berge die eigentliche Gefahr: „Die Führertradition türkischer politischer Parteien, welche die bisherigen Verfassungen seit 1961 gerade nicht wirksam werden lassen wollte, wird voll durchschlagen. Ein Präsident Erdogan, der gleichzeitig bestimmt, wer Abgeordneter werden darf und wer nicht, bekommt da-

mit ein Instrument in die Hand, das ihn letztlich zum Diktator macht.“

Von den in der türkischen Republik zugelassenen Parteien bezeichnet Rump die HDP als die einzige „innerlich demokratische“. Rump geht ferner davon aus, dass das Militär, dessen Rolle als eigentliche Macht im Staat seit Ataturk feststand, auf absehbare Zeit zu einem Putsch nicht mehr in der Lage sei. Abschließend äußert sich Rump unmissverständlich über die Zustände: „Es gibt eine Debatte, sie krankt aber daran, dass wir eine schwache Opposition haben, nachdem die Nationalisten überwiegend zu Erdogan übergegangen sind. Kritische Presseorgane bleiben in ihrer öffentlichen Präsenz weit hinter den Claqueuren der Massenpresse zurück, die sich auch nicht scheut, journalistische Grundprinzipien zu verraten, zu denen ich den inneren Zusammenhalt des Berufsstandes zähle. Ferner krankt die Debatte daran, dass diejenigen, die wirklich kompetent die Mängel erklären können und dies versucht haben, zu einem großen Teil ihre Stellen und Existzenzen verloren haben.“

* Rechtsanwalt Rumpf hat dankenswerterweise auch eine Übersetzung der aktuellen Verfassung sowie der geplanten Änderungen ins Internet gestellt: www.tuerkei-recht.de/downloads/verfassung.pdf

Alfred Küstler

Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHIET ZWÖLFMAL IM JAHR**

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (verantwortlich), E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring, Christoph Cornides, Edith Bergmann.

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (verantwortlich), E-Mail: t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer, Ulli Jäckel, Rosemarie Steffens.

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (verantwortlich), E-Mail: pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher, Jörg Detjen.

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich).

Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Türkei: Demokratie vor dem Aus?

Im April findet in der Türkei die Volksabstimmung über eine tiefgehende Verfassungsänderung statt. Die AKP und Erdogan hatten im Parlament nicht die Zweidrittelmehrheit für den Weg in die Präsidialdiktatur gefunden. Mit dieser möglichen Verfassungsänderung wird die Trennung von Legislative, Exekutive und Judikative faktisch aufgehoben und durch ein Einmann-(Erdogan)-Regime ersetzt. Erdogan könnte dann so weiter herrschen, wie er es seit Verhängung des Ausnahmezustands tut – schalten und walten mit Dekreten, Anordnungen usw. – aber ohne noch Rücksicht auf ein Parlament, eine Gerichtsentscheidung oder gar eine Opposition nehmen zu müssen. Es ist aber es ist doch nicht sicher, wie das Referendum ausgeht. In Umfragen liegt die Zustimmung meist nicht bei einer Mehrheit. So werden die Töne, die Erdogan und seine AKP-Gefolgsleute in der Regierung anschlagen, immer rauer. Gerade wurde eine Broschüre des Gesundheitsministeriums „Nein zum

Rauchen“ eingestampft – ein öffentliches Nein geht nicht mehr, seitdem die Opposition von HDP und CHP in der Abstimmung über das Referendum für ein Nein werben (das war die offizielle Begründung). Die Neinsager werden weggesperrt: 13 Parlamentsabgeordnete der HDP sitzen in Haft, über 80 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus den kurdischen Gebieten ebenfalls, letzte Woche wurden 2000 HDP-Aktivisten verhaftet.

Kommt die Kritik aus dem Ausland, versuchen Erdogan und seine Minister das in eine nationalistische Mobilisierung zu wenden unter dem Motto „wir verteidigen die Türkei gegen die Feinde von Innen und Außen“. Es kann gut sein, dass Erdogan die Stimmen besonders aus Deutschland braucht, um mit dem Referendum durchzukommen.

Seine guten Beziehungen zu Barzani und der KDP im Nordirak versucht Erdogan zu nutzen: Bei einem Treffen vor wenigen Tagen sicherte Erdogan Barzani

Unterstützung gegen die sich selbst organisierenden Jeziden im Nordirak zu. Im Gegenzug ruft Barzani die Kurden in der Türkei nun zum Fernbleiben von der Abstimmung auf. Ein dreckiges Geschäft.

In Freiburg, Karlsruhe und Heilbronn finden vom 14.3. bis 16.3. Veranstaltungen der Linksfaktion im Bundestag mit MdB Karin Binder, dem Demokratischen Kurdischen Gesellschaftszentrum Karlsruhe, der Alevitischen Gemeinde Baden-Württemberg und DIFD Baden-Württemberg mit der HDP-Parlamentsabgeordneten Tugba Hezer und dem DBP-Bürgermeister Veysel Keser unter dem Titel „Türkei vor dem Referendum: Demokratie vor dem Aus? Hayır – Nein“ statt. Beide kommen aus der Region Van, einer Millionenstadt, mit der Karlsruhe seit letztem Jahr eine Partnerschaft eingegangen ist. Der Karlsruher OB Mentrup (SPD) wird ein Grußwort auf der Karlsruher Veranstaltung halten.

Im Folgenden dokumentieren wir eine Stellungnahme von Civaka Azad (Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit, Berlin).

Rudolf Bürgel, Karlsruhe

Die Türkei auf dem Weg zum Verfassungsreferendum

Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit, 23.2.2017

Wie bekannt, hat das türkische Parlament am 21. Januar dieses Jahres die aus 18 Artikeln bestehende geplante Verfassungsänderung abgesegnet. Mit 367 Stimmen, also einer Zweidrittelmehrheit, hätte das Parlament die Verfassungsänderung alleine verabschieden können. Doch dafür haben die gemeinsamen Stimmen der AKP- und MHP-Abgeordneten nicht ausgereicht. Da allerdings die Hürde von 330 Stimmen im Parlament genommen werden konnte, wird nun per Referendum über die Verfassungsänderung abgestimmt. Zuvor musste noch der türkische Staatspräsident Erdogan seine Unterschrift unter die geplante Verfassungsänderung setzen, was er am 10. Februar tat. Und dann konnte der Tag des Referendums verkündet werden: Der 16. April 2017. (...)

Am Tag des Referendums werden die türkischen Staatsbürger nun mit der Frage konfrontiert sein, ob sie der neuen Verfassung zustimmen wollen oder eben nicht. Das Ergebnis dieser schlichten Ja-oder-Nein-Frage wird allerdings für die Türkei, für den Mittleren Osten und die gesamte Welt von großer Tragweite sein. Es geht nämlich um viel mehr als eine einfache Verfassungsänderung. Es geht um die Frage, ob in der Türkei eine Diktatur etabliert wird, oder ob es gelingt, die Hoffnung auf eine Demokratisierung

des Landes trotz aller Rückschläge noch am Leben zu halten. Eigentlich ist in der Türkei seit den Wahlen vom 7. Juni 2015 das Thema Demokratie aufs Abstellgleis gestellt worden. Dasselbe gilt auch für die Menschenrechte im Land. Mit dem Verfassungsreferendum bietet sich nun womöglich die vorerst letzte Möglichkeit, das Gesicht der Türkei in Richtung Demokratie zu wenden. Hierfür bedarf es allerdings einer großen Kraftanstrengung. Und trotz aller Schikanen, Repressionen und Angriffe der AKP versucht die Opposition eine solche Kampagne für den Erhalt der Demokratie in die Wege zu leiten.

Auf der anderen Seite ist auch klar, dass bei einem Ja zum Referendum die Türkei vollends in die Ein-Mann-Diktatur geführt wird. Der Staatspräsident wird diejenigen Entscheidungen fällen können, die ihm belieben, und es wird in der Praxis keine Instanz geben, die ihn zu kontrollieren vermag. Welche Folgen das Ganze haben kann, das zeigen die Erfahrungen aus dem derzeitigen Ausnahmezustand. Auch hier regiert der Staatspräsident ungehindert. Er kann am Parlament vorbei mittels Dekreten das Land führen. Das Ergebnis dessen ist, dass selbst das Recht auf Leben mit Füßen getreten wird, wie wir es derzeit tagtäglich in Kurdistan sehen.

Ursprünglich war der Ausnahmezustand zum Zwecke des Kampfes gegen die Putschisten, insbesondere gegen die Gülen-Gemeinde ausgerufen worden. Doch in der Realität sind vor allem linke Kräfte und die Kurden nach dem gescheiterten Militärputsch im Juli 2016 auf die Zielscheibe der AKP geraten. Ganze 102 000 Menschen wurden seitdem aus ihren Arbeitsverhältnissen entlassen. Es immer noch unklar, wie und durch wen diese umfangreiche Zusammenstellung an Namen von Personen angefertigt wurden, die wohl schon länger auf der Abschussliste standen. Unter den Entlassenen befinden sich Hunderte Akademiker, die allein wegen der Unterzeichnung einer Friedenserklärung die Stellung räumen mussten. Hinzu kommen unzählige Lehrer und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Nicht zu vergessen sind auch die Hunderte Radio- und Fernsehsender, Nachrichtenagenturen, Zeitungen, Zeitschriften und Internetseiten, die geschlossen wurden.

Staatspräsident Erdogan und seine AKP-Regierung verspüren mittlerweile noch nicht einmal das Bedürfnis, ihre Medienzensurpolitik zu verschleiern. Unter dem Label der „nationalen Sicherheit“ wird rabiat gegen Journalisten und Medien vorgegangen. Hinzu kommt der Entschluss der türkischen Medien-

aufsichtsbehörde RTÜK, die in ihrer Mehrheit aus AKP-Mitgliedern besteht, dass fortan Eilmeldungen über Terroranschläge in den Medien verboten sind. Bevor also eine Meldung über einen Anschlag in der Türkei an die Öffentlichkeit weitergegeben werden kann, muss diese durch RTÜK abgesegnet werden.

Bekämpfung der HDP als Teil der AKP-Referendumskampagne

Allein in der vergangenen Woche wurden in der Türkei mehr als 2000 Mitglieder der HDP festgenommen. Diese Festnahmewellen fallen mitten in eine Zeit, in der die Partei ihre Nein-Kampagne vorbereitet. Die Repressionen gegen die HDP und ihre Teilorganisationen sind allerdings keine neue Situation. So stehen derzeit

75 von insgesamt 103 Stadtverwaltungen der Demokratischen Partei der Regionen (DBP), der größten Teilorganisation der HDP, unter Zwangsverwaltung und werden von AKP-Bürokraten geleitet. In den übrigen Stadtverwaltungen, in denen die DBP bei den Kommunalwahlen 2014 die Mehrheit erlangt hatte, ist jede Entscheidung der Bürgermeister an das Einverständnis des Gouverneurs geknüpft, was de facto ebenfalls einer Zwangsverwaltung gleichkommt. Hinzu kommt, dass derzeit 13 Abgeordnete der HDP sich in Haft befinden. Allein die gegebene Situation reicht aus, um die Legitimität eines Verfassungsreferendums in Frage zu stellen.

Seit den Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015 ist die HDP einem enormen

staatlichen Druck ausgesetzt. Ihr wird geradezu der Raum für die politische Betätigung entzogen. Zu den jüngsten Ergebnissen dieser Politik zählen die Aberkennung des Abgeordnetenmandats der inhaftierten HDP Co-Vorsitzenden Figen Yüksekdag und die erneute Festnahme des HDP-Abgeordneten Idris Balukan. Es scheint, dass die AKP mittlerweile auch damit begonnen hat, ihre Repressionspolitik auf andere Kreise zu übertragen: So wurde Sera Kadigil, Mitglied des Vorstands der kemalistischen CHP, kurzzeitig festgenommen, nachdem sie zuvor in einer Fernsehsendung ausführlich die Auswirkungen der geplanten Verfassungsänderung geschildert hatte. Sie ist nun aufgrund von „Beleidigung des Präsidenten“ angeklagt worden und

Wahlkampf international?

Wahlen und Abstimmungen in anderen Staaten sind in den letzten Jahrzehnten immer mehr zu einer Sache mit Weltöffentlichkeit geworden. Die volkswirtschaftlichen Verflechtungen sind dafür der Grund, die internationalen Medien dazu das Mittel. Die weltweite Migration hat Staaten veranlasst, im Ausland lebenden Staatsbürgern die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen zu erleichtern, die selbstverständlich dem Hauptstrom der öffentlichen Meinung an ihrem Lebensort ausgesetzt sind. War die öffentliche Meinung der BRD im Fall der Trump-Wahl neutral? Wie im Fall der Brexit-Entscheidung? Wie in Sachen der österreichischen Wahlwiederholung? Wie gegenüber Marie Le Pens Ambitionen? Und wie gegenüber dem Türkei-Referendum? Die Intensität der Meinungsbildung in all diesen Fällen ist nicht selten mit dem Ruf nach Konsequenzen auf staatlicher Ebene verbunden, und ziemlich klare Äußerungen von Mandatsträgern der Parteien und auch der Bundesregierung sind nicht selten. Diese Situation führt zu innen- und außenpolitische Verwicklungen, die mit dem strengen Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten nicht befriedet werden können. So kann sich die öffentliche Meinung in der BRD eine Auseinandersetzung mit dem Marsch der Erdogan-Regierung in eine Diktatur nicht ersparen, die Abstimmung ist Sache der türkischen Staatsbürger, der Wahlkampf für ein Nein Sache der Demokratie.

Die Staatsbürger der Türkischen Republik genießen das Recht auf Bildung einer legalen Opposition nicht. Das betragen Parteienverbote, Repressalien gegen Abgeordnete sowie die Repression

gegen die Presse und Sanktionen gegen Beamte und Richter. Das Referendum soll diesen Zustand verstetigen. Es dient der Ermächtigung. Aus der weitgehenden Illegalität heraus hat die Opposition den Kampf für ein Nein aufgenommen. Schon jetzt ist sicher, dass ein großer Teil der Wählerinnen und Wähler nicht bereit sein werden, den Weg in die Diktatur zu legitimieren. Vielleicht sogar verfehlt das Regime die Mehrheit, die Macht wird es darüber aber nicht verlieren. Der Kampf für Demokratie in der Türkischen Republik ist langwierig, und in diesem Kampf ist die Bewegungsfreiheit der Opposition außerhalb der Staatsgrenzen der Türkei eine tragende Säule.

Jahrzehntelang konnten sich autoritäre Regierungen der Türkei darauf verlassen, dass ihnen auswärtige Regierungen, nicht zuletzt die BRD, bei der Verfolgung vor allem der kurdischen Opposition zur Hand gingen. Gerade weil der Referendumswahlkampf sich zum internationalen Meinungskampf entwickelt hat, erodiert diese Kollaboration. Entscheidend dazu beigetragen haben die Versuche des Regimes, im Ausland lebende Staatsbürger für Spitzel- und Zuträgerdienste zu missbrauchen. Angesichts dessen fehlt es nicht an Stimmen, dem Regime den Wahlkampf auf dem Staatsgebiet der BRD zu untersagen. Es ist aber nicht so, dass die alltäglichen konsularischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aktivitäten des Regimes irgendwie besser wären als eine Wahlkampfrede, die immerhin an die Öffentlichkeit dringt.

Es ist in den letzten Wochen viel darüber spekuliert worden, ob türkische Staatsvertreter ein Recht auf Auftritte in der BRD hätten; sie haben es nicht. Anders schaut es mit den Rechten deutscher Staatsbürger aus, sich jemanden

einzuladen, für deutsche Staatsbürger ein stark geschütztes Grundrecht, das für Einwohner ohne deutschen Pass, wenn auch abgeschwächt, ebenso gilt. Die Auseinandersetzung mit dem von Erdogan geführten AKP-Regime darf nicht so angelegt werden, dass diese Rechte beschädigt werden. Das würde letztlich die demokratische Opposition am härtesten treffen. Andererseits bietet das Versammlungsrecht viele Möglichkeiten, zu verhindern, dass das AKP-Regime seine Repression über die eigenen Staatsgrenzen hinausträgt. So hat, um in einer ernsten Sache ironisch zu sprechen, die deutsche Justiz viele und waghalsige Konstruktionen erfunden, um die Meinungsäußerung in Sachen Menschenrechte und Demokratie für die Kurden einzuschränken. Und es wäre der Mühe wert, Anhänger Erdogans darauf hinzuweisen, was an Werbung für Spitzeldienste, Volksverhetzung usw. auf einer solchen Veranstaltung zu unterbleiben hat.

Weniger erfolgversprechend scheint, angesichts des heute gegebenen Grades an internationaler Verflechtung und dauerhaften oder auch zeitweiligen Wohnsitzwechseln den ehrwürdigen Grundsatz der gegenseitigen Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten heranzuziehen, der z.B. greifen würde, wenn Frau Merkel nach Südtirol fühe, nicht um dort zu wandern, sondern um eine Los-von-Rom-Bewegung zu inspirieren.

Besser kann die faktisch entstandene und wahrscheinlich unumkehrbare Internationalität innerstaatlicher Entscheidungen moderiert werden, wenn alle Akteure das Recht auf Opposition achten und wechselseitig auf dessen Einhaltung drängen.

Martin Fochler, München

Das Recht der Staaten ist nicht denkbar ohne das Recht des Einzelnen. Der Einzelne ist nicht allein. – Zum schwierigen Schutz der Opposition im Völkerrecht

In der traditionellen Sichtweise regelt das Völkerrecht den Umgang zwischen den Völkerrechtssubjekten, also zwischen den Staaten und vereinzelten nichtstaatlichen, als Völkerrechtssubjekt anerkannten Organisationen, am prominentesten der Heilige Stuhl und das Internationale Rote Kreuz. Der Einzelne kommt in dieser Betrachtungsweise nicht vor, er hat insbesondere keine einklagbaren Rechte. Entstanden in einer Zeit, in der der Staat als das typische Völkerrechtssubjekt noch keineswegs seine klar umrissene Form hatte, namentlich nach den Schrecken des Dreißigjährigen Krieges, bei dem bei den beteiligten Kräften keineswegs die heute für die Definition eines Staates notwendigen Kriterien: ein fest umrissenes Staatsgebiet, ein zumindest bestimmbares Staatsvolk sowie eine halbwegs funktionierende Machtausübung über beide besonders ausgeprägt waren. Vielmehr entwickelt sich erst in den westfälischen Verhandlungen die Idee einer territorialen Souveränität, in die von außen, anders als im Mittelalter mit seinen sich personal und territorial überlagernden Rechtskreisen, nicht eingegriffen werden kann. Ausgerechnet in der Phase der höchstmöglichen Totalität staatlicher Machtausübung wird deutlich, dass das Recht zwischen den Staaten das Recht in den Staaten nicht vollständig ignorieren kann. Die Verknüpfung zwischen Massenvernichtung und Angriffskrieg durch den deutschen Faschismus ist zu eng, die hervorgerufenen Auswirkungen, etwa durch Flüchtlinge, zu global spürbar, um nicht zu erkennen, dass die Macht des Staates nicht nur nach außen sondern auch nach innen eine Eingrenzung braucht, um das Verhältnis zwischen den Staaten friedlich zu halten. Die Menschenrechte, bislang nur Verfassungsrecht einzelner Staaten, werden in der Form der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte global gültiges, zwischenstaatliches Recht. Aus der abstrakten Formulierung der Menschenrechte entwickelt sich mit der Zeit ein immer dichteres Netz sowohl an Normen wie auch an Kooperationen, die diese ausgestalten.

Allerdings: sind die Rechte des Ein-

zelen erst einmal anerkannt, so ist es kein weiter Weg zu den Rechten der Vielen. Der Einzelne ist einzeln, aber nun einmal nicht allein: Die Koalitionsfreiheit nutzt wenig, wenn es keine Gewerkschaften gibt, das Grundrecht auf Familie allein auszuüben, macht besonders wenig Spaß und auch für die Religionsfreiheit muss man schon einer sehr verinnerlichten Spiritualität fähig sein, um ohne Kirche oder zumindest Gottesdienst auszukommen. Besonders bei den Rechten, deren Bezeichnung als Bürger-Rechte ihre Qualität als Menschenrechte nicht reduziert, ist der kollektive Bezug immenant. Besteht eine Opposition aus einem Einzelnen liegt der Verdacht auf eine Verirrung nahe, eine Opposition braucht Medien, Versammlungen, Organisationen.

Der „Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPbürgrR)“, von der UN-Vollversammlung im Dezember 1966 verabschiedet und mittlerweile von 168 Staaten, darunter Deutschland und seit 2003 der Türkei, ratifiziert, ist einer der Ansätze, die individuellen Menschenrechte mit dem Völkerrecht zu verbinden und auch ihre kollektive Ausübung zwischenstaatlich zu schützen. Er teilt die Schwäche aller Völkerrechtsnormen: Es fehlt das vollstreckende Organ. Anders als im nationalen Recht, in welchem das Gericht Recht spricht und der Gerichtsvollzieher es durchsetzt, lebt das Völkerrecht von der Äquivalenz: Ich halte mich an Normen, weil ich davon abhängig bin, dass sich auch der andere an Normen hält. Dieser allgemeine Geltungsgrund von Recht hat im Völkerrecht durch dessen besondere Katastrophenfälligkeit im Konfliktfall eine überragende Bedeutung. Sie verknüpft aber auch das Schicksal der Menschenrechte, sprich: der politischen Opposition, in einem Land unauflöslich mit der eigenen Rechtsordnung. Eben diese Äquivalenz wird gestört, wenn eine Partei Rechte nicht beachtet, aber für sich einfordert. Dieses Missverhältnis macht es schwierig, wenn die Türkei für ihre Repräsentanten etwas einfordert, was sie „ihrer“ Opposition nicht gewährt.

Johannes Kakoures, München

* Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966, (BGBI. 1973 II 1553), (vgl.: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/ICCP/iccpr_de.pdf)

in politischen Fernsehsendungen ist sie auch kein gern gesehener Guest mehr. Bei der rechtsradikalen MHP hat unterdessen auch eine Säuberungswelle gegen all jene begonnen, die sich gegen die Einführung des Präsidialsystems stellen. Zahlreiche Mitglieder der Partei haben nun mit Ausschlussverfahren zu kämpfen. Eine Saalveranstaltung von über 1500 MHP-Mitgliedern, die sich gegen die Verfassungsänderung stellen, wurde am 18. Februar in Ankara zunächst von der Polizei belagert, bevor die Stromleitungen im Saal gekappt wurden. Mit Hüseyin Sözlü wurde zudem ein prominentes MHP-Mitglied, der zugleich Bürgermeister von Adana ist, und zum Lager der Nein-Sager innerhalb der MHP gehört, zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt. Der Grund ist zwar offiziell eine Korruptionsaffäre, aber das überzeugt nicht wirklich jeden. Adana, immerhin die viertbevölkerungsreichste Stadt der Türkei, soll nun ebenfalls unter Zwangsverwaltung gestellt werden.

Mit dem Krieg gegen die Kurden das nationalistische Wählerpotential mobilisieren

Hatte der türkische Staat im vergangenen Jahr sich der Kriegsverbrechen in einer Vielzahl von kurdischen Städten schuldig gemacht, so hat sie nun ähnlich wie in den 1990er Jahren begonnen, die ländliche Bevölkerung Kurdistans zu terrorisieren. So tauchten in den letzten Tagen Bilder aus dem Dorf Xerabê Baba bei Nisêbin in den sozialen Medien auf, die zeigen, wie Soldaten vor den Leichnamen von Menschen posieren, die offensichtlich zuvor gefoltert worden sind. Das Dorf ist weiterhin von der Öffentlichkeit abgekapselt. Und auch in anderen Dörfern in der Region herrscht eine strikte Ausgangssperre.

Neben dem Krieg des türkischen Staates in Nordkurdistan droht die Regierung in Ankara immer wieder auch den demokratischen Kräften Syriens und der Selbstverwaltung von Rojava. Auch hier wurden bereits mehrfach Stellungen der kurdischen Selbstverteidigungseinheiten durch das türkische Militär und den mit ihr verbündeten Gruppen beschossen und angegriffen. Das Ansteigen dieser Angriffe des türkischen Staates in der Zeit vor dem Referendum werten viele als den Versuch der AKP, durch die Bekämpfung der kurdischen Errungenschaften die Werbetrommel in nationalistischen Kreisen für ein Ja beim Referendum zu röhren. Die MHP Wählerschaft soll so von der Notwendigkeit eines „starken Mannes“ an der Spitze des türkischen Staates überzeugt werden.

In Kurdistan hat unterdessen die islamistische Hür Dava Partei (kurz Hüda-Par) bekannt gegeben, dass sie die

Verfassungsänderung und somit das Präsidialsystem unterstützt. Die Anhängerschaft der Hüda-Par ist im Prinzip deckungsgleich mit den Unterstützern der islamistisch-kurdischen Organisation Hizbulah, die in den 90er Jahren gemeinsam mit den Strukturen des Tiefen Staates für unzählige Morde an kurdischen Aktivisten verantwortlich war. Die Nein-Front beim Referendum reicht hingegen von der HDP über die CHP und einen Teil der MHP-Wähler bis hin zur islamistischen Saadet Partei, aus deren Tradition ursprünglich auch Erdogan und seine Gefolgschaft stammen, bevor sie die AKP gründeten.

Trotz der widrigen politischen Bedingungen, welche die Legitimität des gesamten Verfassungsreferendums in Frage stellen, ruft die Opposition im Land also zum größten Teil zu einem Nein beim Referendum auf. Doch es stellt sich vor dem Hintergrund der Situation in der Türkei auch die Frage, weshalb die Opposition nicht zu einem Boykott am 16. April aufruft? Die Antwort auf diese Frage liegt in der anfangs zur Sprache gebrachten Bedeutung des Verfassungsentscheids. Denn sollte sich die Mehrheit der Bevölkerung für ein Nein entscheiden, wird das den Grundstein für ein Ende der Erdogan-Diktatur in der Türkei legen und die Hoffnungen auf eine Demokratisierung von Neuem erblühen lassen.

Doch wir dürfen nicht der Annahme verfallen, dass der türkische Staatspräsident bei einem Nein bis auf Weiteres seine Agenda begraben wird. Es scheint eher, dass Erdogan in jedem Fall versuchen wird, sich an seinem Sessel festzukrallen. Viele Kreise gehen zudem davon aus, dass der Krieg gegen die Kurden sich auch bei einem Nein am Referendumstag weiter intensivieren wird. Bereits jetzt kündigen AKP-Vertreter an, dass ein mögliches Nein zu einem Bürgerkrieg in der Türkei führen wird. Dabei handelt es sich wohl um mehr als bloße Wahlkampfdrohungen, denn die AKP-Anhängerschaft hat bereits offen damit begonnen, sich zu bewaffnen. Das Ganze wirkt wie eine großangekündigte Vorbereitung auf einen Bürgerkrieg.

Ein starkes Nein wird dennoch den Plänen für eine Erdogan-Diktatur einen herben Schlag versetzen. Aus diesem Grund mobilisieren die verschiedenen Kreise, die sich gegen die Verfassungsänderung stellen, ihre eigene Anhängerschaft und versuchen den Einschüchterungsversuchen der AKP zu trotzen. Gelingt es der demokratischen Opposition aus diesen schwierigen Zeiten mit einem starken Nein hervorzutreten, wird das der Hoffnung auf bessere Zeiten in der Türkei in jedem Fall starken Auftrieb geben.

Aktuelles zur Wahl in Frankreich

Für sieben Kandidaturen zur französischen Präsidentschaftswahl am 23. April liegen aktuell Mitteilungen vor, dass die nötigen 500 Unterstützer gefunden wurden (Stand 12.3.2017). Bis 17. März können Kandidaturen angemeldet werden. Dann wird geprüft, ob die Voraussetzungen der Kandidaturen erfüllt sind. Sicher ist wohl, dass es Philippe Poitou, der bereits 2012 als Kandidat für die antikapitalistische Linke (NPA) antrat, nicht erneut schafft, 500 Unterstützer zu finden. Die Grünen haben auf eine Kandidatur verzichtet und sich für die Unterstützung von Hamon (Sozialistische Partei) ausgesprochen.

Da sehr wahrscheinlich im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten die nötige Mehrheit erlangen wird, dürfte es am 4. Mai zur Stichwahl kommen. Die Umfragen sehen dabei den Front National mit Le Pen sicher im zweiten Wahlgang. Trotz Aufhebung der Immunität durch das Europaparlament wegen der Veröffentlichung von IS-Gewaltvideos und Ermittlungen über die missbräuchliche Nutzung von Geldern liegt Le Pen stabil über 25 %.

Fillon, Kandidat der Konservativen (Les Républicains) und bereits als zweiter Teilnehmer der Stichwahl gehandelt – ist in den Umfragen hinter Macron, der ohne Parteiusunterstützung seinen Wahlkampf führt, zurückgefallen. Macron liegt jetzt bei etwa 25 %.

Gegen Fillon wird ermittelt. Er hat für den 15. März eine Vorladung vor den Untersuchungsrichter wegen des Verdachts auf Hinterziehung öffentlicher Mittel. Er hatte angekündigt von der Kandidatur zurückzutreten, sollte es zu einem Ermittlungsverfahren der Justiz kommen. Einen Ersatz zu finden, war den Republikanern nicht gelungen. Zudem hätte Fillon seinen Verzicht erklären müssen. Stattdessen mobilisierte er seine Anhänger und sprach auf einer Großkundgebung in Paris von politisch motivierter Verfolgung.

Die bürgerliche Rechte droht auseinanderzufallen, die Zentrumspartei UDI hat Fillon bereits die Unterstützung entzogen, auch etliche namhafte Politiker des konservativen Lagers. Das strategische Kalkül Fillons ist, bei der Wahl vor allem auf die katholische Basis der konservativen Republikaner zu zielen – auf Wähler über 50, auf Wohlhabende und Gebildete. Unterstützt wird Fillon nun vor allem noch von rechten katholischen Kräften, z.B. rund um die Bewegung „Manif pour tous“ (übersetzt etwa: „Demo für alle“) und der erzkonservativen Organisation „Sens Commun“ mit 9000 Mitgliedern, Gegner der Homo-Ehe. Diese Bewegung

hatte Fillons Kundgebung in Paris unterstützt und organisiert. Sie ist entstanden aus der Kritik rechter katholischer Kräfte am Gesetzentwurf zur gleichgeschlechtlichen Ehe 2013. Der Bewegung gelang es, einige große Demonstrationen und Kundgebungen gegen den Gesetzentwurf der Sozialisten zu mobilisieren, schlussendlich aber ohne Erfolg. Dies Gesetz (Loi Taubira) will Fillon wieder kassieren sowie das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare. Er kämpft gegen künstliche Befruchtung bei lesbischen Paaren und die Legalisierung von Leihmutterchaft. Fillon stimmte schon als Abgeordneter 1981 gegen ein Gesetz zur Gleichstellung von Homosexuellen und ist noch heute gegen Abtreibung.

„Fillon setzt darauf, dass er durch dieses Bekenntnis mehr zu gewinnen als zu verlieren hat. Wir befinden uns aktuell in einem seit den Religionskriegen völlig unbekannten sozialen Zusammenhang. Denn seit dieser Zeit war der Katholizismus in Frankreich die unangefochtene vorherrschende Religion. Das ist nun nicht mehr der Fall, denn die Muslime bilden gegenwärtig eine durchaus bedeutende religiöse Minderheit. Dies kann im Gegenzug dazu beitragen, bei einem Teil der französischen Bevölkerung eine katholische Herkunft wiederzubeleben oder ein familiäres katholisches Erbe, das man ein wenig verkümmern lassen hat. Und Fillons Wette besteht nun darin, dass es ihm nützen wird, sich auf diese katholische Herkunft zu berufen, und dass sich die vielen konfessionslosen konservativen Wähler nicht übermäßig daran stören werden.“ (1)

Macron, Kandidat der Bewegung En Marche (EM), hat am 2. März 2017 sein Programm vorgelegt. Er kandidiert ohne Unterstützung einer Partei und es gelingt ihm offensichtlich, moderne Milieus anzusprechen. Einige der vorgestellten Programmpunkte:

Einsparungen:

Das Haushaltsdefizit soll 3% nicht überschreiten dürfen. Ausgabenposten im Haushalt sollen um 60 Milliarden Euro gekürzt werden durch Reorganisationen im Gesundheitswesen, bei den Gebietskörperschaften, durch Reduzierung der Arbeitslosenquote und „nicht näher bezeichnete Maßnahmen bei den Staatsausgaben“.

Investitionen:

Ein Investitionsplan von 50 Milliarden Euro soll aufgelegt werden: 15 Milliarden Euro für Aus- und Weiterbildung vor allem von Jugendlichen und Arbeitslosen. 15 Milliarden Euro für den ökologischen und energetischen Wandel, u.a. auch für Strukturwandel in Regionen, in denen

z.B. AKWs stillgelegt werden, 20 Milliarden Euro für die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, die Landwirtschaft, das Gesundheitswesen und das Verkehrswesen.

Steuern:

Unternehmenssteuern sollen von 33,3% auf 25%, den europäischen Mittelwert, gesenkt werden. Ca. 80% der französischen Haushalte soll die Wohnsteuer erlassen werden, die Kommunen für den Einnahmeausfall aus dem Staatshaushalt entschädigt werden. Die Vermögenssteuer soll vereinfacht werden.

Euro:

Macron fordert für die Euro-Zone private und öffentliche Investitionen. Um diese innerhalb der Euro-Zone anstoßen zu können, fordert er für sie ein Budget,

das sich aus eigenen Quellen speisen und mehrere 100 Milliarden Euro betragen soll und von einem Parlament der Euro-Zone legitimiert, kontrolliert und von einem Minister für Wirtschaft und Finanzen der Euro-Zone gesteuert wird.

Rente:

Bis 2022 soll der Renteneintritt mit 62 Jahren oder nach 42 Jahren Beitragszahlungen möglich sein. Emmanuel Macron möchte gleich zu Beginn seiner Amtszeit mit den Sozialpartnern über die Einrichtung eines universellen Rentensystems verhandeln, das die 37 speziellen Rentensysteme ersetzt und das sowohl für Beamte als auch für Angestellte gelten soll.

Schule:

Maßnahmen im Schulsystem sollen sich auf die ersten drei Grundschuljahre kon-

zentrieren, da die Grundkenntnisse, die an den weiterführenden Schulen vorausgesetzt werden, hier vermittelt werden und 20% der Schüler der fünften Klassen nicht ausreichend gut lesen, schreiben und rechnen können. In Problemvierteln sollen die Klassen in den ersten drei Grundschuljahren auf 12 Schüler verkleinert werden, ihre Lehrer sollen mindestens drei Jahre Berufserfahrung haben. Lehrkräfte die dort unterrichten, sollen ein deutlich höheres Gehalt bekommen.

Matthias Paykowski, Karlsruhe

Quellen:

(1) Der französische Soziologen Claude Dargent in einem Interview der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik: <https://frankreich.dgap.org/2017/03/07/sens-commun-und-francois-fillon/>; franz. Tagespresse div.; www.dfi.de.

Struppenzieher und Brandstifter hinter Trump

Am 23.2.17 hatten Stephen Bannon und Reince Priebus in Maryland vor 9000 Anhängern ihren Auftritt bei der Conservative Political Action Conference CPAC, einer Konferenz konservativer Bewegungen. Relevant ist das, weil Reince Priebus Stabschef im Weißen Haus und Stephen Bannon nicht nur Entdecker, Wegbereiter, Wahlkampfmanager von Donald Trump, sondern heute auch dessen Chefstrategie und von Trump ernanntes ständiges Mitglied im Principals Committee, dem Nationalen Sicherheitsrats NSC, der USA ist. Auch dies ist ein Trump-Novum: bislang hatte noch jeder Präsident in dieses 1947 gegründete Gremium Fachleute für Fragen der nationalen Sicherheit berufen und nicht einen politischen Parteidünger (laut Gesetz gehören dem Gremium an: Präsident, Vizepräsident, Außen-, Verteidigung- und Energieminister sowie vom Präsidenten ernannte Minister und Staatssekretäre an). Frühere Präsidenten hielten politische Berater explizit aus dem Gremium und den Sitzungen heraus.

„Es war alles in seinen Reden, das müssen alle irgendwann mal klar kriegen“ – wer Hoffnung hatte, dass Trump durch Amt und Würden eingehetzt würde, muss den Strategen im Hintergrund mit einkalkulieren – ohne die Trump-Show, an der man sich als solcher abarbeiten kann, haben diese Aussagen in ihrer Nüchternheit, vorgetragen mit der Attitüde einer Macht, wie sie aus Star-Wars-Filmen bekannt ist, nochmal eine ganz neue Qualität. Die „Badische Zeitung“ vom 24.2.17 zitiert Bannon: „Finsternis ist gut ... Dick Cheney. Darth Vader. Satan. Das ist Macht. Es kann uns nur helfen, wenn sie uns missverstehen. Wenn sie blind dafür sind, wer wir sind und was wir tun.“ Wer „sie“ sind? Im Zweifelsfall alle, die nicht zum „wir“ von Bannon und Trump

gehören, im rechten Jargon sind das die „Liberalen“, auf jeden Fall die Presse, die er „Oppositionspartei“ nennt und als Betrüger auf allen Gebieten verunglimpft. Auf Nachfrage „glaube er nicht, dass sich die Arbeit der Medien verbessern“ werde, sie werde sogar schlechter werden, hätten die Medien doch als globalisierte Konzerne keinerlei Übereinstimmung mit der national ausgerichteten Wirtschaftspolitik Trumps.

Bannons Skizze der wesentlichen Programmpunkte, unter Jubel der Kongressteilnehmer von Priebus auf die nächsten acht, nicht etwa vier Jahre präsidentieller Macht veranschlagt, im Wortlaut: „National security, economic nationalism, deconstruction of the administered state“ – (nationale Sicherheit, ökonomischer Nationalismus, Zerlegung des verwalteten Staates. Anm.: die „richtige“ Übersetzung ist umstritten). Die ersten Dekrete und Beschlüsse der Trump-Administration, u.a. der Rückzug der USA aus dem Transpazifischen Handelsabkommen TPP, wurden von Bannon als „einer der entscheidensten Momente der modernen US-Geschichte“ bezeichnet. „Wir sind eine Nation mit einer Wirtschaft, wir sind nicht irgendein Teil eines globalisierten Marktes.“ Bannon und Priebus betrachten sich aufgrund des Wahlsiegs von Trump als legitimiert für ihr Programm: „Das Land war hungrig auf eine



Stephen Bannon, Wikipedia-Foto: Michael Vadon

Erzählung und *einen* Richtungswechsel („issue change of direction“) – und das war Trump ... Eine Möglichkeit, seinen Sieg umzumünzen, ist, die Trump-Bewegung und die Tea-Party-Bewegung zusammenzufügen.“

Mit dem Geld, was der Harvard-Absolvent Bannon als Banker bei Goldman und Sachs verdient hat, drehte er 2010 den Film „Generation Zero“, dem folgten mehrere Filme über Größen der Tea-Party-Bewegung, speziell 2011 ein Dokumentarfilm über Sarah Palin als nationale Heldin, Vizepräsidentenbewerberin aus der Tea-Party-Bewegung von 2008. Aufgrund dieser Streifen bekam Bannon regelmäßige Auftritte bei Fox-News. Er wurde mit Andrew Breitbart bekannt gemacht, dem Betreiber der Plattform „Breitbart News“, einem Sprachrohr der extrem Rechten in den USA. 2012 übernahm Bannon diese Plattform (A. Breitbart war gestorben) und machte aus einem „obskuren Hass-Sammelbecken das mittlerweile meist beachtete Hass-Sammelbecken der USA“ und damit „zur Plattform einer neuen, ultrarechten Bewegung“ (Spiegel-online).

Soweit einen Blick in den Abgrund der Hoffnungen, Pläne und ausgeübten Politik dieser rechten Kreise. Den Auftritt im Wortlaut im Netz zu finden, ist nicht gelungen. Allerdings kursiert das Original-Video. Man kann nur hoffen, dass die zivilgesellschaftliche demokratische Bewegung in den USA diesem Treiben wirksamen Widerstand entgegensetzen weiß.

Eva Detscher, Karlsruhe

websites von Zeit-online, Süddeutsche Zeitung, BZ, Deutschlandfunk, Spiegel online, das Video wurde gefunden auf <http://webstertarpley.blogspot.de/2017/02/steve-bannon-reince-priebus-cpac-2017.html>

USA: Internationales Treffen der Gewerkschaftsjugend

„Die Uhr steht kurz vor zwölf. Es ist allen bewusst: Wir müssen handeln.“ So umschreibt Ronja Endres die Stimmung Ende Dezember auf dem Jugendtreffen des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Washington. Auf der ganzen Welt seien antiliberalen Strömungen auf dem Vormarsch, bei den jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaften dominierte jedoch der Tatendrang, nicht die Resignation. Die gelernte Chemielaborantin Ronja Endres sitzt als Delegierte der DGB-Jugend im Jugendkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Junge Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften aus Kenia, Kanada, USA, Indonesien, Pakistan, Ukraine, Moldawien, Brasilien, Costa Rica, den Philippinen, Gambia, Tunesien, Kolumbien kamen in Washington zusammen, um drängende aktuelle gewerkschaftliche und politische Fragen zu diskutieren. Neben den gewerkschaftlichen Kernthemen, wie der Mitgliedergewinnung und der Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitssituation in den Ländern, stand daher vor allem der globale Rechtsruck im Fokus. Dieser Trend sei nicht nur in den USA und in Europa zu beobachten, auch in Ländern wie den Philippinen oder Indonesien gebe es autoritäre und rassistische Tendenzen. Von der globalen Gewerkschaftsjugend ging daher ein wichtiges Zeichen des Zusammenhalts aus: „Jeder in der IGB-Jugend, egal ob aus Pakistan oder Costa Rica, ist sich im Klaren darüber, dass wir weiterhin unsere offenen Werte von Demokratie und Gleichheit beibehalten und noch stärker dafür eintreten wollen.“

Quelle: www.gelbehand.de, 16.2.2017

Schweden: Druck auf Ikea-Transportkette

ITF-Gewerkschaften (Internationaler Transportarbeiterverband) aus Schweden und Deutschland haben sich zusammengeschlossen, um Ikea unter Druck zu setzen, die Verantwortung für die Ausbeutung in der europäischen Transportkette zu übernehmen. Die Fahrer in der Ikea-Vertragskette arbeiten seit Wochen und Monaten auf der Straße und verdienen niedrigere Löhne, leben auf ihrem Lkw und unterliegen dem Missbrauch von Sozial-, Arbeits- und Sicherheitsregeln. Die Aktion von Mitgliedern von Verdi und der schwedischen Transportarbeiter-Gewerkschaft kam, als eine weitere ITF-Gewerkschaft einen Sieg vor den Gerichten gegen eine von Ikea eingesetzte Transportfirma erzielte. In dem

Fall, der von der FNV (Niederländischer Gewerkschaftsbund) unterstützt wurde, hat das Bezirksgericht der Nordniederlande einen Ikea-Auftragnehmer ausgesetzt, der ausländische Lkw-Fahrer aus verbundenen Unternehmen verwendet, um die Kosten zu senken. Der Gerichtshof stellte fest, dass die Vereinbarung eingerichtet wurde, um dem niederländischen Tarifvertrag (CLA) zu entgehen – und den Fahrern einen Lohn zahlte, der achtmal niedriger war als der in der CLA. Das Gericht ordnete ein Ende dieser Praxis an und ebenfalls ein Ende der Praxis, dass Fahrer in ihren Lastwagen während der wöchentlichen Ruhepausen wohnten. An drei niederländische Fahrer mussten Rückzahlungen geleistet werden. Der neue ITF-Chef des Binnenverkehrs, Noel Coard, sagte: „Arbeitgeber wie Ikea kontrollieren die Wirtschaft auf unseren Straßen. Transportunternehmen sind unter ständiger Bedrohung der Lieferkette: entweder das Gesetz zu brechen oder den Vertrag zu verlieren. Ikea hat die Macht, das Elend zu beenden, unter dem Lkw-Fahrer leben. Unsere Tür bleibt offen und wir glauben fest daran, dass Ikea eher ein Teil der Lösung als das Problem sein kann.“

Quelle: www.itfglobal.org, 27.2.2017

Schweiz: Frontalangriff aufs Arbeitsgesetz

Die Wirtschaftskommission des Nationalrates hat gestern einen Angriff auf den Arbeitnehmerschutz gestartet, den Travail.Suisse, der Dachverband von elf Gewerkschaften, nicht hinnehmen kann. Mit der Überweisung der beiden parlamentarischen Initiativen Gruber (16.414) und Keller-Sutter (16.423) soll die Arbeitszeiterfassung ausgehebelt, die Begrenzung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit aufgehoben und die Ruhezeiten verkürzt werden. Für die Gesundheit der Beschäftigten ist dies ein ungenießbarer Cocktail. Die beiden überwiesenen Vorstöße sehen vor, dass bestimmte Wirtschaftszweige sowie Gruppen von Betrieben oder Beschäftigten von der Einhaltung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 45 Stunden befreit werden sollen und weiter die minimale Ruhezeit auf acht Stunden herabgesetzt werden kann. Grundsätzlich sollen „leitende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Fachspezialisten“ von der Pflicht zur Erfassung der Arbeitszeit ausgenommen werden. Mit diesem Angriff werden nicht nur zentrale Schutzbestimmungen des Arbeitsgesetzes tangiert, sondern durch den schwammig formulierten Geltungsbereich ist auch ein Großteil der Beschäftigten in der Schweiz betroffen. Bereits in den letzten Jahren haben Stress, Ar-

beitsbelastung und Burnout stark zugenommen. Der Verlust von Zeitautonomie in der Arbeitswelt wird als größte Verschlechterung der Arbeitsbedingungen beklagt. Die Vorstöße werden die Belastungssituation für die Beschäftigten noch einmal deutlich verschlechtern sowie die Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Privatleben und Weiterbildung massiv erschweren.

Quelle: <http://www.travailsuisse.ch>, 22.2.2017

Tschechien: Lohnerhöhung bei Lidl

Der Einzelhändler Lidl hat angekündigt, die Gehälter der Mitarbeiter deutlich zu erhöhen. Ab März wird der durchschnittliche monatliche Lohn der Kassierer 24.897 Kronen (696 Euro) erreichen, dies ist eine Steigerung um 18%. Das Einstiegsgehalt wird um fast ein Viertel ansteigen, auf 23.333 Kronen (662 Euro). Lidl, der in der Tschechischen Republik der Supermarkt ist, der die höchsten Löhne zahlt, ist die einzige Kette, die ihre Löhne öffentlich macht. Andere Supermarktketten, darunter Globus, Kaufland und Albert, weigern sich, die Gehälter ihrer Mitarbeiter zu veröffentlichen. Kaufland, die größte Kette des Landes, hat im vergangenen Jahr seinen Lohn um rund fünf Prozent erhöht und laut seiner Sprecherin hat es seinen Mitarbeitern auch eine Reihe weiterer Vorteile geboten. Nach dem aktuellen Jobangebot kann ein Kassierer für ein Kaufland-Geschäft außerhalb von Prag zwischen 16 000 und 18 000 Kronen bekommen, während ein Beschäftigter im Regallager für einen Tesco-Supermarkt in Prag über 20 000 Kronen (540 Euro) bekommen könnte. Shop-Assistenten in Albert, im Besitz des niederländischen Einzelhändlers Ahold, erhalten derzeit Gehälter, die durchschnittlich etwa 15.500 Kronen (455 Euro) betragen. Die Gewerkschaften haben im vergangenen Jahr Auseinandersetzungen mit Ahold über die Löhne für tschechische Mitarbeiter geführt. Ministerpräsident Bohuslav Sobotka trat im Auftrag der Mitarbeiter in die Auseinandersetzungen ein und kritisierte die Tatsache, dass internationale Unternehmen nicht genug an ihre tschechischen Angestellten zahlen. Der Durchschnittslohn in der Tschechischen Republik liegt derzeit bei 27.220 Kronen (705 Euro).

Quelle: <https://crm.ctui.org>, 22.2.2017; Collective Bargaining Issue 2/2017

Madagaskar: Hafenarbeiter kämpfen für ihre Rechte

Madagaskars Hafenarbeiter gehören zu den am niedrigsten bezahlten Arbeitern der Welt. Manche verdienen weniger als

40 US-Dollar (38 Euro) pro Monat. Sie kämpfen, um sich und ihre Familien trotz langer Stunden und schwieriger, gefährlicher Arbeit zu unterstützen. 43 Dockarbeiter wurden nun entlassen. Nach ihrem Beitritt zu ihrer Gewerkschaft sahen sie sich Einschüchterung und Vergeltung aus dem Management ausgesetzt, das ihnen zwei Möglichkeiten gab, die Gewerkschaft zu verlassen oder ihre Arbeit zu verlieren. Die Arbeiter weigerten sich und wurden entlassen. Keiner von ihnen wurde wiedereingestellt. Die Regierung von Madagaskar muss ihre lokalen Arbeitsgesetze durchsetzen.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 28.2.2017

Türkei: Unterstützung für entlassene LehrerInnen

Tausende Lehrerinnen und Lehrer wurden bislang in der Türkei ohne Gründe entlassen. Sie stehen praktisch vor dem Nichts. Eine Delegation aus Gewerkschaften aus sieben europäischen Ländern hat in Ankara ihre Solidarität gezeigt. Nach Informationen der türkischen Bildungsgewerkschaft Eğitim Sen wurden seit dem Putschversuch im Sommer 2016 rund 105 000 Staatsbedienstete entlassen oder von der Arbeit suspendiert. Etwa ein Drittel davon sind Lehrerinnen und Lehrer. Die Entlassungen erfolgen ohne Vorankündigung und ohne Nennung von Gründen durch Veröffentlichung von Namenslisten auf der Internetseite der türkischen Regierung. Die betroffenen Lehrkräfte stehen plötzlich vor dem Nichts. Ihre Entlassungen kommen faktisch einem Berufsverbot gleich. Als Lehrer können sie nicht mehr arbeiten, da keine Chance besteht, eine neue Stelle im Staatsdienst zu finden. Auch Privatschulen werden vor der Einstellung entlassener Lehrkräfte gewarnt. Die Lehrerinnen und Lehrer verlieren nicht nur ihre Arbeit, sondern auch ihre Krankenversicherung und Pensionsansprüche und dürfen die Türkei nicht verlassen. Widerspruch oder Klage gegen die Entlassungen unter den Bedingungen des Ausnahmezustands, der nach dem Putschversuch verhängt wurde und weiterhin in Kraft ist, sind nicht möglich. Von den Entlassungen sind auch rund 1500 Mitglieder und Funktionäre der Eğitim Sen betroffen, darunter 16 Vorsitzende und 103 Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft auf nationaler und regionaler Ebene. Statt die Gewerkschaft zu verbieten, setzt der türkische Staat offensichtlich darauf, ihre Führung und die Mitglieder einzuschüchtern und zu demoralisieren. Zwanzig Frauen und Männer von elf Lehrer- und Bildungsgewerkschaften aus Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Dänemark,

Griechenland, Zypern und Deutschland waren auf Einladung der Bildungsgewerkschaft Eğitim Sen am 27./28. Februar 2017 in die türkische Hauptstadt gereist, um gegen politische Verfolgung zu protestieren und Unterstützung für die unrechtmäßig aus dem Staatsdienst entlassenen Beamtinnen und Beamten zu bekunden.

Quelle: <https://www.gew.de>, 7.3.2017

Australien: Molkereigigant sperrt Belegschaft aus

Beschäftigte der Lactalis/Parmalat-Milchfabrik, mehrheitlich im Besitz von Lactalis, in Echuca im australischen Bundesstaat Victoria sind aufgrund eines Konflikts mit dem Konzern seit dem 18. Januar ausgesperrt. Parmalat, das mehrheitlich im Besitz des Konzerns Lactalis, dem weltweit größten Produzenten von Molkereiprodukten mit Sitz in Frankreich ist, erwarb die Fabrik im Februar 2016, und Verhandlungen zur Erneuerung der Betriebsvereinbarung liefen im Juli 2016 an. Der Konzern schlug eine Lohnerhöhung von 9 Prozent für die Beschäftigten der Fabrik im Lauf der nächsten drei Jahre vor unter der Voraussetzung, dass allen neu eingestellten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen 20 Prozent weniger gezahlt wird als den vorhandenen Beschäftigten. Weiterhin bestand Parmalat auf größerer Flexibilität im Hinblick auf die Auslagerung von Arbeit und den Einsatz von Zeitarbeitskräften und forderte die Gewerkschaftsmitglieder am 3. März auf, über seinen Vorschlag abzustimmen. Die Gewerkschaftsmitglieder in der Fabrik, Mitglieder der IUL angeschlossenen AMWU und der Elektrikergewerkschaft ETU, lehnten den Vorschlag einstimmig ab und kündigten einen vierstündigen Streik an. Gleichzeitig signalisierten sie ihre Bereitschaft für eine Vereinbarung, die in gutem Glauben ausgehandelt wird und ihre Rechte schützt. Der Konzern stellte daraufhin den Betrieb ein, sperrte die Beschäftigten aus und erklärte, die Fabrik werde bis zur Beilegung des Konflikts geschlossen bleiben. Statt zu verhandeln, hält Parmalat an der Aussperrung fest. Die Beschäftigten unterhalten vor der Fabrik rund um die Uhr ein Protestlager.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 8.3.2017

Chile: Streik in größter Kupfermine der Welt

Die Mine La Escondida liegt in der Wüste – und ist zugleich wesentlicher Wirtschaftsfaktor nicht nur der Region, sondern des ganzen Landes. 2300 direkt Beschäftigte und 1900 Beschäftigte von Subunternehmen arbeiten dort, Tausen-

de weiterer Menschen bei diversen Zulieferbetrieben und sorgen dafür, dass diese Mine fünf Prozent der weltweiten Kupferproduktion fördert. Zur Freude des Konzerns BHP Biliton, der Mehrheitseigner ist – mit einer Minderheitsbeteiligung von Rio Tinto. Die beiden globalen Bergbaugiganten geben nach Einschätzung vieler GewerkschafterInnen aktuell den Kurs der chilenischen Unternehmen vor: Konfrontation gegen die Gewerkschaftsbewegung, was sich bereits in verschiedenen kleineren Streiks in diesem Jahr gezeigt hatte, wird nun rigoros durchexerziert. Schlichtungsgespräche, die von Regierungsseite organisiert und angemahnt wurden, wollte das Unternehmen nur unter von ihm diktierten Bedingungen wahrnehmen: Etwa, dass der Schichtwechsel nicht behindert werde (also faktisch nicht gestreikt werde). Die streikenden Arbeiter der BHP Biliton (und Rio Tinto)-Mine La Escondida haben am 3. März 2017 in der Bezirkshauptstadt Antofagasta demonstriert: Mit ihnen zahlreiche KollegInnen von Zulieferbetrieben und auch Bergarbeiter anderer Werke. Für Antofagasta war es eine der größten Demonstrationen seit längeren Jahren – der Kampf der Bergarbeiter kann zu einem Pol des Widerstandes gegen die Unternehmeroffensive in Chile werden, die auf die sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung (mit Konservativer und Kommunistischer Partei) zielt. Beinahe einen Monat dauert der Streik in der größten Kupfermine der Welt inzwischen. Und die „Versteckte“ (Escondida) ist inzwischen in hellem Scheinwerferlicht. Ein Unternehmen, das um jeden Preis sein Diktat gegenüber der Belegschaft durchsetzen will – und eine Belegschaft, die sich rundweg weigert, sich zu unterwerfen. BHP Biliton zieht alle Register – aber der entschlossene Kampf der über 2000 Streikenden führt auch immer mehr dazu, dass sich um diesen Kern herum Kräfte gruppieren, die vorher nicht unbedingt ganz eng zusammengearbeitet hatten. So hat jetzt die Föderation der Gewerkschaften im Bergbau, die im Bergbau Chiles Arbeiter organisieren, beschlossen, eine Konferenz abzuhalten, um eine Koordination des Vorgehens aller irgendwie am Bergbau beteiligten Gewerkschaften zu erreichen. Das Unternehmen setzt derweil die juristische Hilfsmaschine des Kapitals in Bewegung: Sprecher regionaler Behörden zweifeln an der Rechtmäßigkeit des Streiks und in den Medien wird eine Debatte initiiert, um die Anwendungen von Gesetzen, die es dem Unternehmen erlauben würden, einseitig die Bedingungen der Weiterarbeit zu diktieren.

Quelle: www.laizquierdadiario.cl, 8.3.2017; www.sindicatoescondida.cl, 9.3.2017



Deutschland muss sich jetzt an Atomwaffenverbotsverhandlungen beteiligen

STUTTGART. Die Ankündigung von Donald Trump, das US-Atomwaffenarsenal auszubauen zu wollen, zeigt auf drastische Weise wie dringend notwendig ein Atomwaffenverbot ist. Die IPPNW appelliert an die deutsche Bundesregierung, sich jetzt entgegen jüngsten Verlautbarungen an den im März beginnenden UN-Verhandlungen für einen Atomwaffenverbotsvertrag zu beteiligen. Deutschlands Argument, mit einem Verbotsvertrag werde der Atomwaffen-sperrvertrag geschwächt, führt Trump mit seiner Ankündigung ad absurdum. Denn ein Ausbau des US-Atomwaffenarsenals würde gegen die Verpflichtung des Atomwaffensperrvertrags zur Abrüstung verstößen. Am 27. März 2017 beginnen UN-Verhandlungen für einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen. Die Verhandlungen wurden Ende 2016 von einer großen Mehrheit der Staaten in den UN beschlossen. Die Atomwaffenstaaten USA, Russland, Frankreich, Großbritannien und Israel stimmten dagegen und werden voraussichtlich nicht an den Verhandlungen teilnehmen. China hält sich seine Teilnahme noch offen. Die USA haben ihre Nato-Bündnispartner aufgefordert, gegen die Resolution zu stimmen und sich nicht an den Verhandlungen zu beteiligen. Die Bundesregierung hat letzte Woche bekanntgegeben, dass Deutschland den Verhandlungen fernbleibt. Friedensorganisationen wie die IPPNW und die Internationale Kampagne für die Abschaffung der Atomwaffen (ICAN) äußerten ihre große Enttäuschung über die Entscheidung, die noch von dem ehemaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier getroffen wurde. „Der Beschluss der Bundesregierung ist ein Bruch der traditioneller Haltung Deutschlands, sich für Multilateralismus einzusetzen, und wirkt wie einen Angriff auf die Vereinten Nationen. Noch nie hat Deutschland UN-Abrüstungsverhandlungen so offensichtlich boykottiert“, sagte Hall. „Deutschland muss seine Entscheidung jetzt revidieren und sich an den Atomwaffenverbotsverhandlungen beteiligen.“

www.atomwaffenfrei.de

Entwicklungsarbeit ist keine sicherheitspolitische Maßnahme!

BERLIN. Anlässlich des G20-Außenministertreffens in Bonn und der Münchner Sicherheitskonferenz warnt der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO) vor einem Missbrauch von Entwicklungszusammenarbeit für

sicherheitspolitische Zwecke. „Entwicklungsarbeit darf nicht für außen- und sicherheitspolitische Zwecke missbraucht werden“, betont Bernd Bornhorst, Vorsitzender von VENRO. „Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Flüchtlingspolitik: Der Einsatz gegen Armut und Hunger darf nicht zum Kampf gegen Flüchtlinge missraten. Entwicklungszusammenarbeit kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Menschen ein sicheres und gutes Leben führen können, wo sie wollen. Und in den meisten Fällen ist das ihre Heimat. Aber: Entwicklungspolitik ist keine außenpolitische und sicherheitspolitische Abwehrmaßnahme.“ „Wir müssen weltweit die Kluft zwischen Arm und Reich schließen und den Klimawandel eindämmen, das stärkt auch den Frieden. Die G20 bekennt sich bereits zur Agenda 2030. Wir erwarten, dass die G20 einen deutlichen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 und der Ziele für nachhaltige Entwicklung leistet“, so Bornhorst. Zudem müsse die G20 deutliche Signale zur Stärkung der Zivilgesellschaft setzen. „Die Zivilgesellschaft hat für die Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens eine zentrale Rolle gespielt, dies muss auch für die Umsetzung gelten.“ VENRO fordert eine Kooperation mit Afrika, die dem Kontinent faire Entwicklungschancen bietet und nicht von der Abschottungspolitik Europas geprägt wird.

venro.org/venro-ueberuns/

8. März. Wir verändern. Internationaler Frauentag



Wir leben in bewegten Zeiten: Die Wirtschaft verändert sich rasant, Unternehmen sind immer stärker vernetzt – weltweit und digital. Neue Arbeitsformen wirken sich unmittelbar auf die Arbeitsbedingungen auch von Frauen aus. Dieser Wandel bietet Beschäftigten die Chance, ihre Arbeitsbedingungen besser an den eigenen Bedarf anzupassen, wenn sie darüber auch mitbestimmen können. Flexible Arbeitszeiten, mobiles Arbeiten und Home-Office – davon können insbesondere Menschen mit Familienverantwortung profitieren. Dafür setzen wir uns ein! Gleichzeitig drohen Berufe wegzufallen, in denen viele Frauen arbeiten, zum Beispiel im Büro, in der Buchhaltung und in der Nahrungsmittelindustrie. Andere Berufe werden sich stark verändern, wenn neue Techniken entwickelt und eingesetzt werden. Deshalb wollen wir die Weiterbildung und Qualifizierung stärken – für alle Beschäftigten! Eine klare Absage erteilen wir jenen, die wieder zurück wollen zum traditionellen Familienbild mit der Aufgabenteilung:

Frau am Herd, Mann in der Arbeitswelt. Wir werden unsere mühsam erkämpften Rechte und unser modernes Frauenbild verteidigen! Die Zukunft hält viele Herausforderungen bereit. Gemeinsam werden wir sie meistern und die Chancen des Wandels nutzen. Wir gestalten mit und treiben die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen weiter voran! WIR VERÄNDERN! Wir machen uns am Internationalen Frauentag stark für die eigenständige Existenzsicherung von Frauen. Wir fordern: – gute Arbeit auch in Zeiten des digitalen Wandels. In der Arbeitswelt 4.0 müssen Beschäftigte ihre Arbeitszeiten mitbestimmen und auf sichere berufliche Perspektiven durch Qualifizierung und lebensbegleitendes Lernen bauen können; – den Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit und die Rückkehr aus Teilzeit zur ursprünglichen Arbeitszeit – ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz, das Unternehmen dazu verpflichtet, ihre Entgeltpraxis zu überprüfen und geschlechtergerecht zu gestalten.

<http://frauen.dgb.de>

Transparenz-Ranking 2017: Hamburg und Schleswig-Holstein vorne

BERLIN. Am 2. März 2017 hat Mehr Demokratie das erste Transparenz-Ranking herausgegeben, das in Zusammenarbeit mit der Open Knowledge Foundation (OKF) entstanden ist. Das Ergebnis der Untersuchung: In vielen Bundesländern wird den Bürger/innen der Zugang zu Behördeninformationen schwer oder sogar ganz unmöglich gemacht. Oftmals müssen Behörden nur sehr begrenzt Auskunft geben, darunter die Landtage, Hochschulen und der Verfassungsschutz. Hinzu kommen teilweise abschreckend hohe Gebühren und lange Antwortfristen. Elf von 16 Bundesländern erhielten in der Bewertung deshalb weniger als die Hälfte der möglichen Punktzahl. Spatenreiter im Transparenz-Ranking ist Hamburg. Das Parlament der Hansestadt hatte 2012 nach einer Volksinitiative das bundesweit erste Transparenzgesetz verabschiedet.

Damit wurde die Holschuld der Bürger/innen in eine Bringschuld der Behörden umgewandelt. Bürger/innen müssen oft nicht mehr umständlich Auskunftsanfragen stellen, sondern finden fast alle wichtigen Informationen in einem eigens eingerichteten Internetportal. Online gestellt sind hier etwa Gutachten, Senatsbeschlüsse und Verträge ab 100 000 Euro, die die Daseinsvorsorge betreffen. Hinter Hamburg folgen auf den weiteren Plätzen Schleswig-Holstein, Bremen und Berlin. Punkte bekamen diese Länder vor allem für weitgehende Informationsrechte der Bürger/innen, die nur wenige

Ausnahmen zulassen. In Bayern, Hessen, Niedersachsen und Sachsen gibt es keine Informationsrechte. Sie teilen sich in unserem Ranking deshalb den letzten Platz.

www.mehr-demokratie.de

Positive Entwicklungen in Bangladesch – aber die Krise ist noch nicht überstanden!

BIELEFELD. Nach Monaten internationaler Proteste von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen weltweit, kam es zu einer Einigung zwischen Gewerkschaften, dem Arbeitsministerium und Arbeitgebern in Bangladesch, alle inhaftierten Gewerkschafter*innen frei zu lassen. Die Kampagne für Saubere Kleidung begrüßt diese Einigung als einen positiven ersten Schritt, warnt aber davor, dass die Krise in Bangladeschs Textilsektor dadurch noch nicht überstanden ist. Die Einigung zwischen IndustriALL Bangladesh Council (IBC), dem Arbeitsministerium und dem Arbeitgeberverband BGMEA kam am 23. Februar 2017 zu Stande, nachdem einige internationale Bekleidungsunternehmen ihre Teilnahme an einer Konferenz der Bekleidungsindustrie (Dhaka Apparel Summit) absagten. Die Pressemitteilung, die nach dem Treffen veröffentlicht wurde, weist allerdings deutliche Schwächen auf. Sie gibt keine Auskunft darüber, ob die Strafverfahren gegen Gewerkschafter*innen eingestellt werden. Zwar wird den entlassenen Arbeiter*innen eine Neuambilanz angeboten, jedoch ohne die Zahlung des Lohnausfalls. Auch gibt es auch keinen konkreten Zeitplan, bis wann diese Maßnahmen umgesetzt werden müssen. Laura Ceresna-Chaturvedi von der Kampagne für Saubere Kleidung sagt: „Wir begrüßen die Wiedereröffnung der Gewerkschaftsbüros und die geplante Freilassung aller inhaftierten Arbeiter*innen ... Ohne die Garantie, dass Strafanzeigen eingestellt werden, bleibt die Ausübung der Gewerkschaftsrechte in Bangladesch weiterhin problematisch. Wir ... sind weiterhin auf den Druck der internationalen Gemeinschaft und Unternehmen angewiesen.“ Gisela Burckhardt von Femnet, Mitglied der Kampagne für Saubere Kleidung, fügt hinzu: „Außerdem sollte die EU überprüfen, ob Bangladesch noch zu Recht zollfrei seine Waren auf den europäischen Markt unter dem ‚Everything but Arms Agreement‘ (EBA) exportieren darf, obwohl es die Menschenrechte nicht einhält. Auch die deutsche Bundesregierung sollte alle Fördergelder an den Verband der Bekleidungsexportatoren Bangladeschs (BGMEA) einfrieren, bis sich die Situation verbessert hat und Gewerkschaften ungestört arbeiten dürfen.“

www.saubere-kleidung.de



Fachtagung „Krankenhaus-schließungen im ländlichen Raum und was dann?“

Das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. (Kompofo) hat eine Fachtagung zum Thema Krankenhaus-schließungen im Heilbronner Gewerkschaftshaus organisiert. Anlass waren die zunehmenden Krankenhaus-schließungen im Land. Vor allem kleine Krankenhäuser der Grundversorgung sind davon betroffen. Viele sind im ländlichen Raum zu verorten, wo ohnehin Versorgungslücken im Gesundheitsbereich entstehen. So wird in den nächsten Jahren der Ärztemangel auf dem Land ein ernstes Problem darstellen. Krankenhäuser sorgen dabei oftmals für eine Sicherstellung der Gesundheitsversorgung jenseits der als private Unternehmen organisierten Arztpraxen. Neben der Schließung interessierte die Teilnehmer*Innen deshalb auch, was danach für die Versorgung der Bevölkerung folgen kann.

Als Referenten waren zwei Experten auf diesem Feld eingeladen. Harald Weinberg, gesundheitspolitischer Sprecher der Linkenfraktion im Bundestag, und Günter Busch, ehemaliges Mitglied im Landesbezirksvorstand von Verdi für den Bereich Gesundheit und Soziales. Eingeladen waren Kommunalpolitiker*Innen aus ganz Baden-Württemberg, aber auch Mitglieder von Bürgerinitiativen und Pflegekräfte, die für eine tarifliche Personalbemessung in den Krankenhäusern streiten.

Harald Weinberg erklärte die Finanzierung des laufenden Betriebs über sogenannte diagnosebezogene Fallpauschalen. Pro Krankheitsdiagnose erhält das

Krankenhaus einen Betrag, der mit den tatsächlichen Kosten nichts zu tun hat. Gerade die Leistungen der Grundversorgung in kleinen Häusern werden schlecht vergütet, so dass betriebswirtschaftlich nicht erfolgreich gearbeitet werden kann. Völlig unabhängig, wie zufrieden und umsorgt die Patienten sind. Ein besonderes Problem des Fallpauschalensystems ist, dass die Pflegearbeit nicht gesondert vergütet wird. Je weniger Pflege, desto kostengünstiger. Eine Entwicklung, die sich am Druck auf das Personal messen lässt.

Das Instrument dient der Zentralisierung und Rationalisierung der Prozesse im Krankenhaus und begünstigt große Häuser mit 1000 Betten. Der Krankenhausstrukturfonds ist ebenfalls ein Instrument, um das Schließen kleiner Häuser, d.h. Krankenhäuser um die 100 Betten, voranzutreiben. Im Bund beschlossen, wird das durch die Bundesländer durchgeführt. In Baden-Württemberg lässt es der grüne Sozialminister Manfred „Manne“ Lucha nicht an Klarheit vermissen. Wer Geld aus dem Strukturfonds möchte, muss schließen. So soll in den nächsten Jahren jedes fünfte Krankenhaus geschlossen werden. Weinberg sprach in diesem Zusammenhang von einer geheimen Agenda, deren Antreiber in der Bundespolitik zu suchen sind. Daraus resultiert ein zunehmender Privatisierungsdruck.

Günter Busch schloss dann nahtlos an den Vortrag an und beschrieb die Lage im Land Baden-Württemberg. Die aktuelle Politik verfolgt die Steuerung über den

Markt, anstatt den Bedarf an Gesundheitsversorgung zu berücksichtigen. Eine am Bedarf der jeweiligen Bevölkerung orientierte Gesundheitsversorgung müsste anders aussehen. Busch schlägt regionale Gesundheitskonferenzen mit allen gesellschaftlichen Akteuren vor, bei denen die Bedarfe vor Ort erfasst werden können.

Um einer Unterversorgung auf dem Land entgegenzuwirken muss die Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung aufgehoben werden, so Busch weiter. Die Krankenhäuser müssten verstärkt auch ambulant behandeln dürfen. Bisher kann das die Kassenärztliche Vereinigung verhindern, auf deren Entscheidungen die Kommunalpolitik keine Einflussmöglichkeit hat. Auf Landesebene wird das entsprechende Gesetz festgelegt, hier könnte eine entsprechende Entscheidung fallen. Dazu müsste man die Krankenhäuser in der Fläche natürlich halten und gerade im ländli-

chen Raum dringend besser finanziell ausgestattet. Eine Forderung die nur über entsprechenden gesellschaftlichen Druck zu realisieren ist. Dazu müssen die Proteste gegen Schließungen aber über den eigenen Kirchturm hinausblicken.

Anschließend berichteten die Teilnehmer*Innen von ihren Erfahrungen vor Ort. Kommunalpolitiker, Pflegekräfte und Vertreter*Innen von Bürgerinitiativen berichteten so aus den Kreisen Biberach, Waldshut, Hohenlohe, Heilbronn, Böblingen, Ludwigsburg und Esslingen. Dabei entstand ein vielschichtiges Bild. Gemeinsam war den Berichten, dass die gesundheitliche Infrastruktur im ländlichen Bereich zunehmend in Gefahr gerät.

Zusammenfassend kann man sagen, dass eines der zentralen Themen im ländlichen Raum die Gesundheitsversorgung darstellt, neben der Mobilität. Um hier für ausreichend Infrastruktur zu sorgen, muss mit der Marktorien-

tierung gebrochen werden. Der Bedarf könnte durch erwähnte regionale Gesundheitskonferenzen ermittelt werden und sieht auf dem Land vermutlich anders aus als im städtischen Bereich. Um die Versorgung in ländlichen Gegenden zu gewährleisten, muss darüber hinaus über eine Mischversorgung nachgedacht werden, die etwa ambulante Versorgung im Krankenhaus oder Notfallversorgung an Medizinischen Versorgungszentren/ Polikliniken mit einschließt. Und natürlich gehört zu dieser Diskussion die Hilfsfrist, also der Dauer vom Notruf bis zum Eintreffen des Krankenwagens in einem Notfall. Die Gesundheitsversorgung auf dem Land wird sich verändern. Das kommunalpolitische Forum will die Diskussion weiterführen, um Möglichkeiten einer bedarfsorientierten Gesundheitsversorgung auf dem Land zu entwickeln.

Florian Vollert, Kompofo und Kreisrat der Linken

Krankenhausschließungen und Gesundheitsversorgung im Landkreis Heilbronn

Obwohl eine Kreistagsmehrheit Ende 2016 die Schließung der beiden SLK-Kliniken (Stadt- und Landkreiskliniken Heilbronn) Brackenheim und Möckmühl beschlossen hat, gibt es dort keine Ruhe. Für den gemeinsamen Betrieb ihrer Krankenhäuser haben Stadt- und Landkreis Heilbronn 2001 die SLK Kliniken Heilbronn GmbH gegründet, mit Standorten in Heilbronn, Bad Friedrichshall, Brackenheim und Möckmühl. Gesellschafter sind zu gleichen Teilen die Stadt und der Landkreis. In dem Gebiet wohnen etwa 450 000 Menschen. Wichtige Entscheidungen werden im Stadtrat und im Kreistag beraten und als Empfehlung an die Gesellschafterversammlung beschlossen. Ein überwiegend mit Kommunalvertretern besetzter Aufsichtsrat tagt nichtöffentlich und intransparent.

Die Sorge im nördlichen Landkreis (Möckmühl, Jagst- und Seckachatal) und im südlichen Landkreis, (Brackenheim, Zabergäu und Schozachatal) abgehängt zu werden vom Oberzentrum Heilbronn und der Welt, ist groß.

Außer der Klinikdiskussion spielt da ein gleichzeitiger Frust der Bevölkerung in Sachen ÖPNV eine Rolle, sowie die Be-

fürchtung aufgrund von Ärztemangel auf dem Land ins Hintertreffen zu geraten. Auch im benachbarten Hohenlohekreis, der mittels einer Holding noch mit den SLK Kliniken verbunden ist, tobt in Künzelsau eine heftige Auseinandersetzung um den dortigen Standort.

In Brackenheim kämpft ein aktiver Förderverein mit über 700 Mitgliedern und dem dortigen Bürgermeister an der Spitze weiterhin zumindest für ein Restkrankenhaus (mit 20 bis 30 Betten), um wenigstens die Grundversorgung im Zabergäu und im Schozachatal aufrecht zu erhalten und zu sichern. Auch in Möckmühl gibt es teils kontroverse Diskussionen und Aktionen über die Nachnutzung des Krankenhausgebäudes und über die ambulante Ärzteversorgung. Der dortige Bürgermeister Ulrich Stammer ist nach der Beschlussfassung wegen der Bundespolitik und dem Krankenhausstrukturgesetz aus der CDU ausgetreten. Bei den

Landtagswahlen 2016 in Möckmühl (ca. 8 100 Einwohner) wurde die AfD mit 24,3% vor der CDU stärkste Partei.

Seit 2009 ist die Linke mit einem, seit 2014 mit



Demo vor der Kreistagssitzung am 7. November 2016

zwei Mandatsträgern im Kreistag vertreten. Gesundheitspolitik war von Anfang an einer ihrer Schwerpunkte im Kreistag. So wurden die gut funktionierenden Krankenhausküchen in Möckmühl und Brackenheim gegen die Stimmen der Linken Anfang 2010 geschlossen. Aus „Kostengründen“ wurde die Küchenversorgung danach zentralisiert und in die tariffreie SLK Service GmbH verlagert.

Spätestens seit dem 1. Mai 2013 unterstützt Die Linke Verdi und den Betriebsrat im Kampf gegen tarifliche Missstände und fordert immer wieder auch im Kreistag faire Tarifverträge im SLK Verbund: Es kann nicht sein, dass öffentliche Arbeitgeber, die ihr Leitbild „sozial, leistungsstark und communal“ definieren, gerade im Gesundheitsbereich Lohndumping betreiben.

Bis Mitte 2016 wurde von allen Kreistagsfraktionen die wohnortnahe Klinikversorgung an den vier Standorten hochgehalten, bis zunächst nichtöffent-

lich und hinter den Kulissen die zwei Schließungen putschartig vorbereitet wurden. Das stieß auch innerhalb der Kommunalpolitik bei Bürgermeistern und Gemeinderäten, aber auch innerhalb des Kreistags auf großen Widerstand.

Am 26.9.16 forderte Die Linke im Verwaltungsausschuss öffentlich eine Klausurtagung und weitere Informationen mit Beteiligung der betroffenen Einwohner und ihres Fördervereins in Brackenheim vor der Beschlussfassung. Landrat Piepenburg lehnte das Anliegen zunächst ab mit dem Hinweis, eine breite Erörterung sei zwar wünschenswert und werde von ihm angestrebt, aber aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich.

Diese Position musste Landrat Piepenburg unter dem Druck der öffentlichen Meinung aufgeben und sich der Diskussion stellen, öffentlich in Brackenheim und Möckmühl, nichtöffentlich am 17.10.16 in einer fast fünfstündigen lebhaften Klausurtagung des Kreistags. Die ursprüngliche Verwaltungsvorlage zur Schließung der beiden Krankenhausstandorte wurde daraufhin um medizinische, ambulante Leistungen ergänzt, die die SLK Kliniken vor Ort vorhalten.

Im Schließungsbeschluss an die SLK Gesellschafterversammlung heißt es: Am Standort Möckmühl stellen die SLK-Kliniken eine für die Bevölkerung bedarfsgerechte, qualitativ gute ambulante Versorgung sicher, die Folgendes umfasst: einen Notarzтstandort, ambulante Notfallversorgung, allgemeinmedizinische bzw. hausärztliche Versorgung, fachärztliche Versorgung in für die Bevölkerung relevanten Bereichen.

Für Heilbronner Verhältnisse war es am 7.11.16 zumindest im Kreistag eine knappe Entscheidung, nach einer gegen die Verwaltung durchgesetzten verlängerten Debatte. Nur 40 von 74 Kreisräten stimmten mit Ja, für die Krankenschließung, 21 mit Nein, 3 mit Enthaltung, zwei Krankenhausbefürworter waren laut Verwaltung angeblich befangen, der Rest war abwesend.

Die 21 Gegenstimmen waren nicht umsonst. Im Gegenteil, sie waren zusammen mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement von Förderverein, Bürgermeister, Gemeinderäten und Einwohnern Voraussetzung dafür, dass die SLK Kliniken an den Standorten Brackenheim und Möckmühl engagiert bleiben, für die Gesundheit der Menschen. In welcher Form das stattfindet, ob als Vermieter oder Betreiber von Arztpräxen, das wird wohl noch ebenso ausgefochten werden müssen, wie die Frage ob es danach noch ein (Rest-) Krankenhaus oder eine Tagesklinik o.ä. gibt.

*Johannes Müllerschön,
Kreisrat der Linken*

THEMA: GESUNDHEIT



Poliklinik Veddel: Ein Projekt mit Vorbildcharakter. HAMBURG.

Am Sonnabend wurde das neue Stadtteil-Gesundheitszentrum Poliklinik Veddel eröffnet. Bewohner erhalten dort neben einer interdisziplinären medizinischen Versorgung auch eine kostenlose Sozial- und Gesundheitsberatung. „Dieses Projekt ist ein Gewinn für die Veddel und für ganz Hamburg“, erklärt dazu Deniz Celik, gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. Die soziale Spaltung in der Stadt werde größer, Menschen in einkommensschwachen Stadtteilen hätten eine deutlich kürzere Lebenserwartung als in wohlhabenden Gegenden, so Celik. Vor diesem Hintergrund könne die Poliklinik mit ihrem ganzheitlichen Ansatz helfen, die ärztliche Unterversorgung zu überwinden und der sozialen Ungleichheit im Gesundheitssystem entgegen zu wirken. „Wir unterstützen das Projekt und wünschen allen Aktiven in der Poliklinik viel

Erfolg“, sagt Celik. „Die Linke wird sich in Hamburg dafür einsetzen, dass auch in anderen unversorgten Stadtteilen gemeinnützige oder kommunale Gesundheitszentren als Gegenmodell zu einigen medizinischen Versorgungszentren mit kommerziellen Charakter entstehen.“

www.die-linke-hamburg.de



Gender-Gerechtigkeit im Gesundheitswesen! Pressemitteilung DBfK, 7.3.17. –

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) weist anlässlich des Weltfrauentags auf nach wie vor gravierende Gender-Ungerechtigkeiten hin. Im September 2016 hat die WHO High-Level Commission on Health Employment and Economic Growth alle nationalen Regierungen zu Investitionen in Gesundheitspersonal aufgefordert. Zentrale Forderungen lauten, die ökonomische Teilhabe von Frauen zu stärken, weibliche Führungsfunktionen zu institutionalisieren, Gender-Schieflagen und Ungleichheiten im Bildungssystem beim Gesundheitsreformprozess anzupacken. Dahinter steckt die Erkenntnis, dass nachhaltige Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sowie stabiles Wirtschaftswachstum weltweit vor allem der Leistung und dem Potenzial von Frauen zu verdanken sind. Deutschland ist an diesem Punkt bei weitem noch nicht dort angekommen, wo es sein sollte“, erklärt DBfK-Vizepräsidentin Dr. S. Berninger. „Im Dienstleistungssektor Pflege arbeiten zu mehr als 80 Prozent Frauen, Ökonomen bezeichnen ihn gern als Schlüsselbranche und Jobmotor. Allerdings stützt sich der Boom auch 2017 noch immer auf vielfach schlechte Arbeitsbedingungen, hohe Arbeitsdichte, Zeitdruck, viele und häufig nicht adäquat vergütete Überstunden, prekäre Arbeits-

verhältnisse, schlechte Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie ein hohes Risiko berufsbedingter Erkrankung der Beschäftigten. Das Hantieren an Maschinen wird in Deutschland weit besser honoriert als fachlich und emotional anspruchsvolle Rund-um-die-Uhr-Versorgung kranker und pflegebedürftiger Menschen“, sagt die Pflegemanagerin.

Verbesserung der Pflegepersonal situation im Krankenhaus kommt

– 8.3.17. „Der DBfK begrüßt ausdrücklich die Festlegung von Personaluntergrenzen mit dem Ziel der Verbesserung der Situation der Pflege in den deutschen Krankenhäusern“, so F. Wagner, Bundesgeschäftsführer des DBfK. Wir fordern, bei der Umsetzung der Pläne – insbesondere bei der Definition von „sensitiven Bereichen“ – Sorge zu tragen, dass es nicht zur Umverteilung von Planstellen aus einem Bereich in den anderen kommt. Die pflegerische Versorgung insgesamt muss spürbar verbessert werden. Die festzulegenden Personaluntergrenzen müssen die Personalausstattung definieren, die für die Patientensicherheit unabdingbar ist. Sie ersetzen nicht eine Personalbemessung, die sich am tatsächlichen Versorgungsbedarf orientiert. Das zu entwickeln wird eine wichtige Aufgabe für die nächste Legislaturperiode sein.

(Quelle: www.dbfk.de)

Auswahl: Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)

► „Ärztin / Arzt an der Schule“ stößt dort, wo es bereits angeboten wird, auf hohe Akzeptanz bei Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften. Es gelingt mit der Beratung vor Ort, Kinder und Jugendliche zu erreichen und nachhaltig zu betreuen.

Das Spektrum der festgestellten Erkrankungen war und ist groß: es reicht von bisher unentdeckten und unbehandelten Hauterkrankungen über diätpflichtige Stoffwechselkrankungen bis zu seelischen Erkrankungen wie kindliche Depressionen, Essstörungen und Selbstverletzung. Diese Erkrankungen stellen einen offensichtlich schweren Belastungsfaktor auch für die schulische Entwicklung der Kinder dar. Mit dem Konzept „Ärztin / Arzt an der Schule“ wird ein wertvoller Beitrag zur gesundheitlichen Chancengleichheit geleistet. Die Erweiterung der schulärztlichen Zuständigkeit auf die Mittelschulverbünde ermöglicht jeder der 44 Mittelschulen eine ortsnahe schulärztliche Versorgung und damit einen flächendeckenden Ausbau des Konzepts.

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Steigende Gefahr durch multiresistente Keime in Krankenhäusern – Trotzdem winken CDU, SPD, FDP und Grüne in der Regionsversammlung ab: HANNOVER. Trotz der steigenden Gefahr durch multiresistente Keime in Krankenhäusern findet kein flächendeckendes Screenings bei Patientinnen und Patienten statt. Zwischen 7 500 und 15 000 Patientinnen und Patienten sterben jedes Jahr in Deutschland, weil sie sich mit multiresistenten Keimen (MRSA), vor allem im Krankenhaus, infiziert haben. Eine eigentlich harmlose Infektion oder kleine Verletzung kann dann tödlich enden, weil kein Antibiotikum mehr hilft. Nach einem Bericht der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ vom 19. November 2014 ist die Zahl der MRSA-Infektionen in der Region Hannover von 2010 bis 2013 um 39 Prozent gestiegen. Chronischer Personalmangel und Arbeitsetze verhindern eine konsequente Einhaltung der Hygienevorschriften in den Kliniken. Trotz dieser beunruhigenden Entwicklung werden in den Krankenhäusern des Klinikums der Region bei Patientinnen und Patienten keine flächendeckenden Screenings auf MRSA vorgenommen. In Kliniken anderer Träger wird dagegen jede neue Patientin und jeder neue Patient auf MRSA getestet. Grund genug für Linke und Piraten in der Regionsversammlung, genau das auch für die elf Krankenhäuser des Klinikums der Region als größtem Gesundheitsversorger in Hannover und im Umland zu fordern. Im Antrag

von Linken und Piraten wird eine kontinuierliche Erhebung, Dokumentation und Berichterstattung zum Vorkommen multiresistenter Keime in den Kliniken gefordert.“ www.dielinke-hannover.de

Das muss drin sein – Kampagne der Linken. BERLIN. In deutschen Krankenhäusern herrscht Pflegenotstand – es fehlen 100 000 Pflegekräfte. Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Patientinnen und Patienten in kürzerer Zeit versorgen. Die Folgen: fehlende Zuwendung, mangelnde Hygiene bishin zu mehr Unfällen. Dreiviertel aller Pflegekräfte geben an, bei den derzeitigen Arbeitsbedingungen nicht bis zur Rente durchhalten zu können. Im Vergleich zu zwölf anderen EU-Staaten ist Deutschland Schlusslicht beim Pflegepersonal. Die Ursache: Krankenhäuser wurden in den letzten 20 Jahren zu Unternehmen umgebaut, viele privatisiert – es geht oft nur noch um Kosteneinsparung und Profit. Dies verhindert, dass Kliniken ausreichend Personal beschäftigen und gut bezahlen, wie es für eine gute Versorgung notwendig ist.

Deshalb fordert Die Linke: eine gesetzliche Personalbemessung, um den Personalnotstand zu bekämpfen und die notwendigen 100 000 Pflegekräfte einzustellen. Wir brauchen verbindliche Vorgaben, wie viele Pflegekräfte für wie viele Patienten und Patientinnen benötigt werden. Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand, für eine bedarfsgerechte Finanzierung, eine Steuer auf Vermögen ab einer Million Euro, die den Ländern auch zur Finanzierung der Krankenhäuser zu Gute kommt. Geld ist genug da. Fragen wir die 880 000 Millionäre in Deutschland. Die Linke kämpft mit den Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen, weniger Stress und eine gute Gesundheitsversorgung für alle. Denn: Mehr Personal im Krankenhaus ist für alle besser! Weitere Infos unter:

www.die-linke.de/kampagne/aktionen/100-000-pflegekraefte-mehr/hintergrundinformationen/

Investitionskostenfinanzierung von Krankenhäusern: Positions- papier des Deutschen Städttages.

Berlin. Auf seiner 399. Sitzung am 25. Juni 2014 hat das Präsidium des Deutschen Städttages das anliegende Positionspapier des Deutschen Städttages zu Fragen der Investitionskostenfinanzierung von Krankenhäusern beschlossen. Inhaltlich geht es insbesondere um die Letztverantwortung der Länder in der Krankenhausplanung, die Erwartung an den Bundesgesetzgeber, eine bestehende Finanzierungslücke zum Gesamtförderbedarf von jährlich 6 Mrd. Euro durch

geeignete Maßnahmen zu schließen, den Beibehalt der dualistischen Krankenhausfinanzierung, die Feststellung der Notwendigkeit eines ausreichenden, schnellen und nachhaltigen Engagements durch den Bundesgesetzgeber, die Aufforderung, dass es nicht zu einer Reduktion des finanziellen Engagement der Länder für die Krankenhausinvestitions kostenfinanzierung kommen darf, die Bitte an die Bund-Länder-Arbeitsgruppe bestimmte Verteilmechanismen für zusätzliche Mittel zu prüfen. Angesprochen wurde dabei die Option dauerhaft wirkamer Zuschläge zum einen und zum anderen die Option Fondsmittel zu nutzen und dadurch Steuerungsmöglichkeiten und regionale Strukturoptimierungen zu ermöglichen.

[www.staedtetag.de/
publikationen/materialien/074732/index.html](http://www.staedtetag.de/publikationen/materialien/074732/index.html)

Medizinische Versorgung: Positionen des Deutschen Landkreistages. Die Sicherung der hausärztlichen Versorgung in zunehmend mehr deutschen Landkreisen wird immer schwieriger; dies gilt auch für die ambulante spezialärztliche Versorgung in strukturschwachen Gegenden. Auch die Krankenhäuser leiden zunehmend unter erheblichen Problemen, freie Arztstellen zu besetzen, um ihrem Versorgungsauftrag nachkommen zu können. Dies gilt ebenso für den öffentlichen Gesundheitsdienst, der eine zunehmend wichtigere Rolle in der Bevölkerungsmedizin spielen muss. Die stationäre medizinische Versorgung ist seit Jahrzehnten ein wichtiger Gestaltungsauftrag für die Landkreise, den sie über die Wahrnehmung des Sicherstellungsauftrags gemeinsam mit den Ländern engagiert wahrnehmen. Im Bereich der ambulanten Versorgung liegt dieser Sicherstellungsauftrag bei den Kassenärztlichen Vereinigungen, den diese kraftvoll wahrnehmen und auch in strukturell schwierigeren Gebieten erfüllen müssen. Dies ist aber trotz durchaus anzuerkennenden Bemühungen in einigen Ländern nicht immer und flächendeckend der Fall. Daher wird die Kommunalpolitik in solchen Gebieten angesprochen, da Bürger insbesondere auch gegenüber ihren Landräten und den Kreistagen die Erwartung einer guten infrastrukturellen Versorgung äußern. Diesen Erwartungen der Menschen wollen die Landkreise in Zusammenarbeit mit kreisangehörigen Gemeinden, Krankenhäusern, Kassenärztlichen Vereinigungen und anderen Akteuren nachkommen. Dokumente des Landkreistages dazu unter:

[http://www.landkreistag.de/themen/medizinische-
versorgung.html](http://www.landkreistag.de/themen/medizinische-versorgung.html)

Auswahl: Ulli Jäckel, Hamburg

Auf dem Weg zu einem sozialen Europa?

Eine Bewertung zum Vorschlag einer „Europäischen Säule sozialer Rechte“

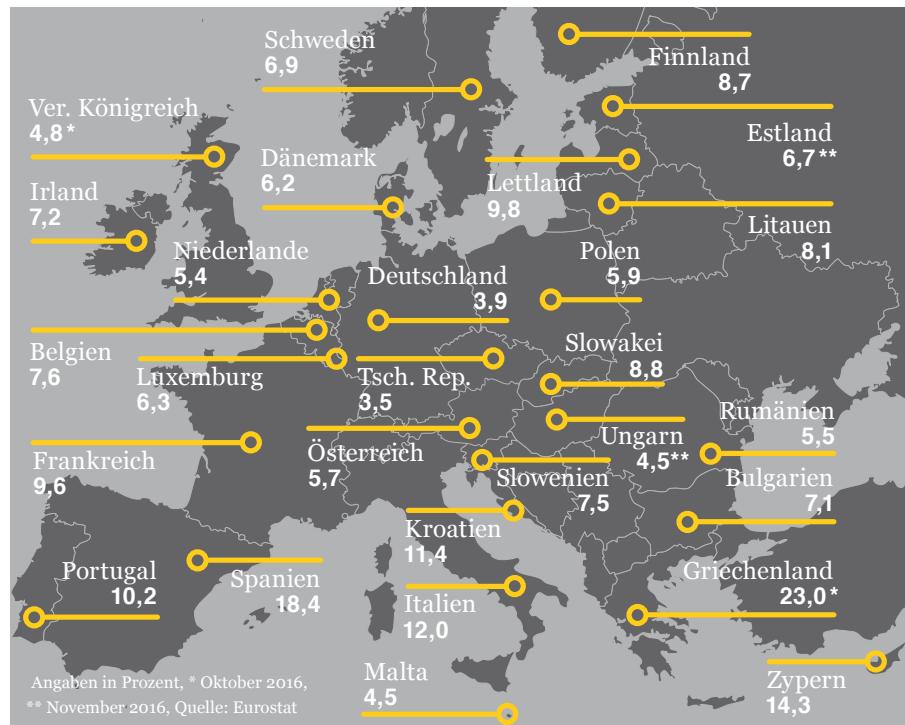
Was bedeutet die Initiative der EU-Kommission für die Zukunft der Sozialsysteme? **Wir dokumentieren aus der aktuellen Stellungnahme der „Deutschen Sozialversicherung Europavertretung“** (Träger dieser Lobby sind die gesetzlichen Kranken-, Renten- und Unfallversicherungen), aus Platzgründen stark gekürzt. Die vollständige Version findet sich unter:

<http://dsv-europa.de/de/news.html>



Im Frühjahr 2016 hat die EU-Kommission ihre ersten Überlegungen zu einer Säule sozialer Rechte vorgelegt. Dieses mit großen öffentlichen Interesse verfolgte Konzept sollte der breiten Skepsis in Europa begegnen, ob die europäischen Institutionen in der Lage sind, für soziale Gerechtigkeit, allgemeinen Wohlstand und faire Bedingungen für die Bürgerinnen und Bürger in der EU zu sorgen. Seitdem sind einige

Arbeitslosigkeit in der EU im Dezember 2016



Eckpfeiler deutlicher geworden und es scheint inzwischen unbestritten, dass die Säule nicht das ist, wonach sie zunächst klingt, nämlich ein Paket einklagbarer individueller Rechte. Vielmehr formuliert sie eine Reihe von Kriterien zur Bewertung der mitgliedstaatlichen Beschäftigungs- und Sozialpolitiken. Der Grad ihrer Verbindlichkeit kann je nach Sektor sehr unterschiedlich ausfallen. ...

Ein erster Schritt zur Säule: die europäische Arbeitslosenversicherung?

Nach dem Wunsch der EU-Kommission soll die soziale Säule zunächst lediglich die Mitgliedstaaten der Eurozone einschließen, aber grundsätzlich auch den anderen EU-Ländern offenstehen. Diese Ausrichtung der sozialen Säule auf die Euro-Zone erschließt sich in ihrer ganzen Dimension erst dann, wenn man sie in ➔

EGB-Position zur sozialen Säule

In seinem Positionspapier (Working for a better deal for all workers) zur sozialen Säule listet der EGB umlaufende Forderungen zu diversen Gegenständen, mischt aber auch munter erwünschte Zustände wie auf Fairness basierte soziale Beziehungen und ur-eigene gewerkschaftliche Aufgaben mit politisch entscheidbaren Aspekten. Ein angestrengetes Nachdenken über europaweit geltende Ansprüche z. B. in den Zweigen der sozialen Sicherheit und ihre derzeitigen Grenzen steht noch aus.

Rolf Gehring, Brüssel

Aus der Erklärung:

Dieses Papier führt die Einwände und Vorschläge des EGB zur Säule der sozialen Rechte auf halbem Wege des Konsultationsprozesses aus und faßt die Forderungen des EGB in sieben prioritären Bereichen zusammen.

1. Eine faire Wirtschaft und die Schaf-

- fung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze
- 2. Einkommenserhöhungen, Fairness am Arbeitsplatz und wirtschaftliche Gerechtigkeit
- 3. Verbesserte Durchsetzung bestehender Rechte und die Etablierung von neuen Rechten
- 4. Faire Mobilität
- 5. Absicherung von Arbeitsmarktübergängen
- 6. Soziale Sicherheit und starke öffentliche Dienstleistungen
- 7. Institutionelle Änderungen um eine gleiche Unterstützung eines sozialen Europa zu gewährleisten (...)

Zusammengefaßt muss die Europäische Säule sozialer Rechte:

- Soziale Rechte an erste Stelle stellen
- Eine Angleichung nach oben und Verbesserungen für alle Arbeitnehmer garantieren
- Gute Beschäftigung und nicht nur Minimumstandards fördern

– Sicherstellen, dass die Rechtsauslegung zum Wohl der Beschäftigten geschieht und garantieren, dass es keine Regression gibt

– Über die Eurozone hinaus ausgedehnt werden

– Auf beidem basieren, Rechten und Orientierungswerten

– Den sozialen Dialog einbeziehen, Tarifvertragsstrukturen fördern und Tarifverträge schützen (...)

Die erste und wichtigste Priorität ist in dem Aktionsplan des EGB Kongresses in Paris ausgeführt: namentlich, dass fundamentale soziale Rechte Vorrang vor ökonomischen Freiheiten haben müssen. Dies verlangt die Anerkennung, dass der aktuelle Zustand nicht akzeptabel ist. Soziale Rechte müssen mit der gleichen institutionellen Dringlichkeit gefördert und verteidigt werden wie wirtschaftliche und finanzpolitische Regeln.

(eigene Übersetzung)

→ einen größeren Zusammenhang stellt. Denn dann stellt man schnell ihre Nähe zu den in Brüssel parallel betriebenen Arbeiten am Projekt einer europäischen Arbeitslosenversicherung fest. Auch diese ist für die Euro-Zone konzipiert. Sie soll dazu beitragen, makroökonomische Schocks abzufangen, und zugleich das Prinzip „europäischer Solidarität“ vertiefen. Sie ist deswegen nichts anderes als ein Sonderfall der Säule sozialer Rechte. In ihrem bereits fortgeschrittenen Diskussionsstadium kann man sie geradezu als Modell für die Entwicklung auch anderer Elemente der Säule ansehen – selbst wenn sie nicht einmal das erste in diesem Zusammenhang realisierbare Projekt sein sollte. Dieselben Gründe, die für eine europäische (Basis-) Arbeitslosenversicherung herangezogen werden, rechtfertigen auch die Vergemeinschaftlichung weiterer Bereiche der sozialen Sicherheit. Alle diese Systeme haben eine makroökonomische Stabilisierungsfunktion – auch wenn sie hierfür ursprünglich nicht gedacht waren. Glaubt man also, mithilfe der Arbeitslosenversicherung den Euro zu retten – oder die Euro-Zone –, so macht es keinen Sinn, bei der Europäisierung der Arbeitslosenversicherung stehen zu bleiben.

Die Säule sozialer Rechte: ein Instrument zur Rettung der Euro-Zone?

Beide Projekte werden aber erst durch ein drittes zu einer Einheit verschmolzen: den Plan einer „zweiten Phase“ der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Ihre Ankündigung ist eine der wichtigsten Botschaften des sogenannten „Fünf-Präsidenten-Berichts“ vom Juni 2015. Diese Stufe soll endlich den bisher sich eher im Krebsgang bewegenden „Konvergenzprozess“ nach vorne bringen, das heißt „verbindlicher gestalten“. Es geht um nichts weniger als die Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in der Europäischen Union. Hierzu sollen, so der Bericht, ein „möglicherweise in Rechtsform gegossener Katalog an Konvergenz-Referenzwerten“ sowie „gemeinsame Standards mit Rechtscharakter“ vereinbart werden. Beides werde nicht funktionieren, wenn man sich nicht zugleich auch auf eine „Teilung von Souveränitätsrechten in der Euro-Zone verständige. Dies ist eine freundliche Umschreibung einer weiteren Verlagerung nationaler Kompetenzen auf die (Euro-)Gemeinschaftsebene und damit eine Abkehr vom Subsidiaritätsprinzip.



Schon an dieser Stelle – und nicht erst mit der Vorstellung der sozialen Säule – werden die zu schaffenden gemeinsamen Standards explizit auf die Arbeitsmärkte, auf Steuern und schließlich auch auf die Modernisierung der Systeme der sozialen Sicherheit konzentriert. Flankierend weist dann der „Fünf-Präsidenten-Bericht“ – und zwar um einiges deutlicher als die Mitteilung zur sozialen Säule – den Weg zu einer gemeinschaftlichen Finanzierung der vereinbarten Sozialstandards ...

Die Europäische Säule sozialer Rechte – viele Fragezeichen aus Sicht der Deutschen Sozialversicherung

... Die Spitzenorganisationen der Deutschen Sozialversicherung wenden sich daher in ihrer gemeinsamen Antwort gegen Ansätze einer Kompetenzerweiterung der europäischen Ebene. Gleichzeitig werden einzelne Positionen des von der EU-Kommission vorgeschlagenen Katalogs der sogenannten „Prinzipien“ kritisch kommentiert.

Aus Sicht der Deutschen Sozialversicherung bietet die Initiative der EU-Kommission Chancen, die soziale Komponente Europas und seiner Mitgliedstaaten gegenüber rein fiskalischen und effizienzbetonten Prioritäten zu stärken. Gleichzeitig werden jedoch verbindliche europäische

Mindeststandards und Benchmarks aus mehreren Gründen abgelehnt. Europa würde sich Kompetenzen anmaßen, die es nicht hat und auch nicht haben sollte. Die Ausgestaltung von Sozialpolitik und Sozialversicherung ist aus guten Gründen in erster Linie eine Angelegenheit der Mitgliedstaaten. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Ausgangslage, das Selbstverständnis und die historische Prägung sowie die politischen Präferenzen sind in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Das Gleiche gilt für die finanzielle Leistungsfähigkeit. Deshalb wäre es falsch, quantitativ messbare Standards und Benchmarks unterschiedslos auf alle Mitgliedstaaten anzuwenden. Und schließlich sind potenzielle europäische Vorgaben nicht nur Wohltaten für die Bürger, sondern ambivalent. Die von der EU-Kommission formulierten Prinzipien, die Ziele und politischen Prioritäten werden auch an Bedingungen geknüpft und können damit ohne Weiteres hinter den bereits erreichten Fortschritten der Mitgliedstaaten zurückbleiben ...

Aus der Tarifbewegung

Tarifergebnis im öffentlichen Dienst der Länder erzielt

Am Freitagabend (17.2.) wurde in der Tarif- und Besoldungs runde für die Beschäftigten der Bundesländer (ohne Hessen) ein Tarifergebnis erzielt, das deutliche Reallohnnerhöhungen und strukturelle Verbesserungen beinhaltet.

Die Einigung im Einzelnen: – eine tabellenwirksame Anhebung der Gehälter um 2,0 Prozent rückwirkend zum 1. Januar 2017 beziehungsweise um 75 Euro Mindestbetrag als soziale Komponente; – ein weiterer Anhebungsschritt um 2,35 Prozent zum 1. Januar 2018; – die Einführung der Stufe 6 für die Entgeltgruppen 9 bis 15 in zwei Teilschritten: zum 1. Januar 2018 sowie zum 1. Oktober 2018.

„Damit setzen wir Akzente in den oberen Entgeltgruppen, die mit einer sozialen Komponente in den mittleren und unteren Entgeltgruppen ausbalanciert wird“, erläuterte Bsirske.

Weitere Ergebnisse für Beschäftigte vor allem im Sozial- und Erziehungsdienst und im Pflegebereich: – Verabredung einer Prozessvereinbarung über die Aushandlung einer neuen Entgeltordnung, von der künftig insbesondere die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst und dem Pflegebereich profitieren sollen; – bis zu einer Einigung, die in der Tarifrunde 2019 angestrebt wird, erhalten Sozialarbeiter je nach Eingruppierung 50 bis 100 Euro mehr pro Monat, Erzieherinnen und Kita-Leitungen 80 Euro.

Ergebnisse für Auszubildende: – Auszubildende erhalten eine in zwei Schritten von jeweils 35 Euro – sowie künftig 29 Tage Urlaub im Jahr. www.verdi.de

Stahlkocher protestieren für besseres Arbeitgeberangebot

Die Stahlwerker sind im Warnstreikmodus: Mehr als 3000 Beschäftigte der nordwestdeutschen Stahlindustrie haben heute (7.3.) die Arbeit niedergelegt und für ein besseres Angebot der Arbeitgeber demonstriert. Bis zur nächsten Verhandlung am 16. März wollen die Stahl-Beschäftigten den Druck erhöhen. Den Startschuss zu den Warnstreiks geben die Stahl-Arbeitgeber am 6. März in Essen: Mit ihrem mickrigen Angebot von nur 1,3 Prozent mehr Geld sind die Beschäftigten nicht mehr in den Betrieben zu halten ... Die IG Metall fordert 4,5 Prozent mehr Geld und will die Tarifverträge zur Altersteilzeit und zu Werkverträgen weiterführen. Am 16. März verhandeln die Tarifparteien in der dritten Runde weiter. www.igmatal.de

Nationale und internationale Kritik an Höckes Dresdner Rede

Der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Josef Schuster: „Das Berliner Holocaust-Denkmal als ‚Denkmal der Schande‘ zu bezeichnen, ist völlig inakzeptabel“. Damit trete der Thüringer AfD-Vorsitzende das Andenken an die sechs Millionen ermordeten Juden mit Füßen und relativiere das schwerste und in diesem Ausmaß einzigartige Menschheitsverbrechen der Geschichte. – Der israelische Botschafter in Deutschland, Yakov Hadas-Handelman, forderte von Höcke eine Entschuldigung. Es sei eine Schande, „dass unter uns Menschen sind, die falsche Konsequenzen aus der deutschen Geschichte ziehen wollen“. – Der Generalsekretär des Europarats, Thorbjörn Jagland: Das Erinnern an den Holocaust sei „wesentlich für das europäische Einvernehmen, dass dies nie wieder geschehen darf“, sagte der Norweger. Unsere gemeinsame Erinnerungskultur in Frage zu stellen, sei „skandalös und gefährlich“. – Die katholische Deutsche Bischofskonferenz, Bischof Ulrich Neymeyer: „Das Holocaust-Denkmal ist, christlich gesprochen, ein Mahnmal der Umkehr.“ Die Erinnerung an die Shoah und die historische Auseinandersetzung mit ihren Ursachen und Folgen gehörten „unverzichtbar zur politischen Kultur Deutschlands“. Quelle: www.mdr.de. – Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)

Köln: Große Demonstration gegen den AfD-Parteitag

Am 22./23. April findet der Bundesparteitag der AfD im Kölner Maritim Hotel statt. Während der gesamten Karnevalszeit war das Thema in der Stadtgesellschaft. Die Buchung der AfD wurde von der Maritim-Konzernleitung erst verteidigt. Nachdem die AfD ein Ausschlussverfahren gegen Höcke einleitete, wurde dieser vom Maritim zur unerwünschten Person erklärt. Nachdem die Antifa-Gruppen der Hotelleitung nachwiesen, dass sie in den letzten Jahren mehrfach an die AfD vermietet hatte, erklärte sie, dass in Zukunft nicht mehr an die AfD vermietet werde. – Das große Bündnis „Köln stellt sich quer“ bereit mit vielen örtlichen Kräften eine große Gegendemonstration ab 12 Uhr auf dem Heumarkt vor. Dabei auch Arsch huh, der CSD und das Festkomitee Kölner Karneval. Motto der Musikdemo „Tanz die AfD! Gemeinsam für Weltoffenheit, Toleranz und Solidarität“. Vermutlich werden 30 000 Teilnehmer kommen. – Das Bündnis Köln gegen Rechts mobilisiert dagegen bundesweit und will blockieren. – Jörg Detjen, Köln

Proteste gegen die Ehrung der lettischen Waffen-SS sollen sich auf europäische Städte ausweiten

Am 16. März 2017, dem „Tag der Legionäre“ werden in der lettischen Hauptstadt Riga – wie jedes Jahr seit 1991 – mit einem Gottesdienst, einem Ehrenmarsch und einer großen Kundgebung am Freiheitsdenkmal die Veteranen der lettischen Einheiten der Waffen-SS geehrt. Man gedenkt aber auch der so genannten faschistischen „Donnerkreuzler“, der lettischen „Heimwehren“ und der berüchtigten „Sicherheitstruppen“ unter der Führung des Polizeichefs von Riga, Victor Arajs, die verantwortlich waren für die Ermordung von 50 000 Juden.

Lettland gehört mit Estland, Litauen, der Ukraine und Bulgarien zu den ost-europäischen Staaten in denen Einheiten der Waffen-SS und andere mit den Nazis

Frieden in Europa.

Auch rechtsextreme Organisationen, wie die Partei „Die Rechte“ im Jahr 2014, reisen zu dieser großen Kundgebung zwecks Freundschaftsbezeugung nach Riga.

Schon 2014 hatte eine Delegation der VVN-BdA und der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) mit Lettischen Antifaschistischen Organisationen sowie eine Vertretung des Simon-Wiesenthal-Centers in Jerusalem gegen den Aufmarsch am „Tag der Legionäre“ protestiert. Die aus Deutschland, Ungarn und Israel zu der antifaschistischen Kundgebung Angereisten wurden misstrauisch überwacht. 2016 wurden fünf Mitglieder der Delegation der VVN-

BdA von der lettischen Grenzpolizei aufgefordert, das Land zu verlassen und, als dies nicht freiwillig geschah, per Bus „aufgrund eines Beschlusses der verantwortlichen Sicherheitsbehörden“ zurück geschickt.

Einige Antifaschisten aus Deutschland erreichten jedoch Riga und nahmen an der kleinen Gegendemonstration, bei der u.a. Namen von ermordeten Jüdinnen und Juden verlesen wurden, teil.

Auch dieses Jahr rufen VVN-BdA und die Mitgliedsverbände der FIR auf, nach Riga zu reisen und am 16. März an der antifaschistischen Kundgebung teilzunehmen. Gleichzeitig soll der Protest sich nun ausweiten: Am 15. März soll in Rom, Brüssel, Budapest und Athen vor lettischen Botschaften und Konsulaten gegen die Verherrlichung von NS-Kollaborateuren und Massenmördern protestiert und Freiheit für Lettlands Antifaschistischen gefordert werden.

Aufrufe zu Mahnwachen vor der lettischen Botschaft und den Honorarkonsulaten gibt es in Berlin, Bremen, Hamburg, Frankfurt und Düsseldorf.

Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)



Berlin, 15.3.2016, vor der Botschaft Lettlands, Cornelia Kerth am Mikrofon bei der antifaschistischen Kundgebung

kollaborierende antisemitische Todeschwadronen als nationale Idole gefeiert werden. Dies geschieht mit staatlicher Duldung und teilweise offener Unterstützung durch Behörden.

Die sowjetische Republik Lettland kollaborierte 1941 im Zuge der deutschen Besatzung mit den Deutschen gegen Sowjetrussland. Die Regierung bildete auch lettische SS-Einheiten, die aber Teil der deutschen Waffen-SS waren.

Der mit bis zu 2000 Teilnehmenden jährliche Aufmarsch geschieht mit teilweise offener Unterstützung durch Behörden. Der Rigaer „Ehrenmarsch“ ist eine unerhörte Provokation für die Angehörigen der Opfer, vor allem für jüdische und russischsprachige Minderheiten im Land, gegenüber der Russischen Föderation und damit eine Gefahr für den

Quellen: Thomas Willms, Keine Ehrung der lettischen Waffen-SS/Internationale Protestkundgebungen, 17.02.17 (www.VVN-BdA.de) und M. Tervooren, SS-Gedenken in Riga (antifa Mai/Juni 2016, S. 9).

<https://www.rosalux.de/news/43031/der-junge-karl-marx-2.html>: „Der Film von Raoul Peck startet bundesweit am 2. März 2017. – Pünktlich zum Filmstart präsentieren unsere Landesstiftungen und RLS-Regionalbüros den Film in Gespräche eingebettet.“ – Hier ein Einleitungsbeitrag von **Christoph Cornides** zur gut besuchten Vorführung im Mannheimer „Atlantis“ am 26.1.17. Siehe auch. <http://kommunalinfo-mannheim.com/>

Zur Einführung in den Film „Der junge Karl Marx“ von Raoul Peck

Liebe Gäste, liebe Freundinnen und Freunde, liebe an Marx und der Kritik der herrschenden Verhältnisse Interessierte, liebe Filmbegeisterte.

Wellenförmig wie die Wirtschaftskrisen selbst, ist auch das immer wieder neu aufflammende Interesse an Karl Marx.

Das war z.B. Ende der 1960er und in den 1970er Jahren der alten Bundesrepublik so: Damals in Zeiten vom „Ende des Wirtschaftswunders“, der Notstandsgesetze, des Vietnamkrieges und des „Kalten Krieges“ mit der Sowjetunion.

Das ist heute so in Zeiten von internationalen Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise, in Zeiten rechter Sammlungsbewegungen, die entweder schon an Schaltstellen staatlicher Macht angekommen sind (USA) oder dahin wollen (Le Pen, Wilders, AfD).

Wer in den letzten Wochen an Zeitungskiosken vorbeilief, konnte das Porträt von Karl Marx groß auf der Titelseite der „Zeit“ finden (Ausgabe vom 9.2.2017), versehen mit dem etwas reißerischen Titel: „Er ist wieder da.“ Der Tenor der Artikelsammlung war: Marx sei durchaus hochaktuell, und Wirtschaftsliberale geben Marxkenntnisse zum Besten.

Und in der Tat, was wir sehen, ist die Ausdehnung dessen, was sich heute „Globalisierung“ nennt, die Zerstörung überkommener Wirtschaftsstrukturen, die wachsende Ungleichheit, Ungleichzeitigkeit und Unge rechtigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung weltweit, die beherrschende Rolle der großen Konzerne. Da fällt es auch nicht schwer, heute in voller Weiterentwicklung zu finden, was Marx in seinen Anfängen beschreibt: die Entwicklung des Kapitalismus als weltbeherrschendes System.

Tja, so schnell werden dann öffentliche Diskussionen wieder auf den Boden der Tatsachen geholt – könnte man auch sagen.

Aber: einen Film, gar eine französisch-belgisch-deutsche Koproduktion über Karl Marx, die es auch noch auf die Berlinale

geschafft hat – das hat es bisher noch nicht gegeben.

Der Regisseur Raoul Peck hat sieben Jahre an dem Film gearbeitet hat – jetzt kommt er zur richtigen Zeit.

Wahrscheinlich muss wirklich ein Filmemacher mit einer ganz anderen Lebenserfahrung und Sichtweise kommen, um einen angemessenen Film über den Deutschen und Europäer Karl Marx zu machen, der den größeren Teil seines Lebens nicht in Deutschland, sondern im Exil, in Frankreich und in England gelebt, gearbeitet und von dort aus gewirkt hat.

„Raoul Peck ist Regisseur, Drehbuchautor und Produzent. Geboren wurde er in Haiti, aufgewachsen ist er in Zaire, USA und Frankreich. An der TU Berlin studierte er Wirtschaftsingenieurwesen und an der DFFB in Berlin Filmwissenschaft. 1996 und 1997 war er Kulturminister in Haiti und seit 2004 ist er amtierender Präsident der französischen Nationalen Filmhochschule La Fémis.“ 1994 erhielt er den Néstor Almendros Preis und den Irene Diamond Preis für sein



Raoul Peck(2017)Foto: Maximilian Bühn, (Wikimedia CC)

Lebenswerk von Human Rights Watch. (Aus der Website des Films).

Auch für Raoul Peckerlebt Marx gerade eine Renaissance. Ihn interessiert besonders, wie eine Idee der Veränderung entsteht. In einem Artikel im „Neuen Deutschland“ schreibt Peck: „Revolution heißt ja nicht, sich über Missstände zu ärgern und zweimal zu twittern. Veränderung ist Arbeit, Nachdenken ...“ – und – „... Treffen mit Leuten, die nicht deiner Meinung sind.“ (Website)

Über seine Beschäftigung mit Marx schreibt der Regisseur: „Karl Marx hat für mich bereits früh eine Rolle gespielt – in der Arbeit, in meinem Engagement und generell in meinem Leben. Ich war schon immer misstrauisch gegenüber allem Dogma gewesen, damit auch gegenüber dem Wesen des Marxismus als solches. Aber ich hatte das Glück, seinem Werk zuerst in akademischen Zusammenhängen zu begegnen – und das in einer Zeit, die weniger von Polemik geprägt war als heute.“ (Website)

In der Tat, wir hatten auch schon mal – vorübergehend – Zeiten, da konnte man sich mit dem wissenschaftlichen Werk von Karl Marx nicht nur in politischen Lesezirkeln, sondern auch an der Universität einigermaßen vernünftig und in Ruhe beschäftigen.

Da hatte die Studentenbewegung Studienpläne durchgesetzt, nach denen man z.B. in Volkswirtschaft mit Themen über „Das Kapital“ von Karl Marx die Diplomarbeit zum Examen anfertigen konnte.

Derzeit aber müssen sich StudentInnen und einige ProfessorInnen in Vereinigungen wie z.B. der für „Plurale Ökonomik“ mühsam dafür einsetzen, dass nicht nur die öde Angebots- und Austerritätstheorie eines Herrn Schäuble mit öffentlichen Mitteln den StudentInnen bis zum Erbrechen eingetrichtert werden. Sie fordern, dass die Möglichkeit geboten werden muss, sich mit anderen, alternativen, kritischen, nicht allein dem Systemerhalt- sondern der Änderung verpflichteten Methoden und Ansätzen zu befassen. – So eben auch denen von Karl Marx.

Es ist ja nicht nur so, dass die Analyse von Karl Marx und die wortmächtigen Deklamationen des Kommunistischen Manifests – von denen wir hören werden – Vieles beschreiben, was heute erst oder immer noch in voller Entwicklung zur Kenntnis genommen werden muss: die Ausdehnung der Industrialisierung über die Industrieländer hinaus, die globale Arbeitsteilung, die Globalisierung des „Arbeitsmarkts“, die erst am Anfang steht.

Dienstleistungen der Erziehung, des Gesundheitswesens und der Pflege kommen in den Sog gewinnorientierter Ka-

pitalanlage und Organisation. Mit den neuen Kommunikationsmedien werden neuerlich Produktionsprozesse, Arbeits- und Lebensbedingungen umgewälzt. Und die ökologischen und menschlichen Kollateralschäden wachsen immer noch und zeigen ihre zerstörerischen Kräfte.

Ebenso zeigt aber genaueres Hinsehen: Auch einzelne Fragen, an denen sich heute die Schul-Wirtschaftstheorie nach wie vor die Zähne ausbeißt, wurden bereits von Marx analysiert und könnten – verfolgt man sie weiter – alternative Lösungen befördern.

Um nur zwei Fragen zu nennen: „Tendenzialer Fall der Profitrate und entgegenwirkende Ursachen“, wie es bei Marx heißt. Sind also staatliche Investitionsprogramme – welche und wann – eine Lösung? Und zwar weil – so Marx – so viel privates Kapital aufgehäuft ist, dass es sich für Renditeproduktion nicht mehr zu investieren lohnt.

Oder: Steigende Wohnungs- und Mietpreise derzeit vor allem in den Städten und Marx's Analyse der Grundrente: Die vollständige Privatisierung von Naturgütern und von Grund und Boden, dort, wo die Allgemeinheit ihn braucht, das ist das Problem, würde Marx sagen.

Nun schön und gut, wenn aber so vieles aktuell ist am Werk von Karl Marx und möglicherweise auch zur Lösung aktueller Fragen beitragen könnte – warum ist dann aber eben doch so vieles ganz anders gekommen, als viele es nach Marx erwartet haben?

Eigentlich gibt Karl Marx selbst bereits eine deutliche Antwort auf unangemessene Schlussfolgerungen:

„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“ (K. Marx, aus Vorwort zu „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“)

Das aber heißt doch: Es gibt keinen mechanischen Zwangsverlauf der Geschichte, den man nur erkennen muss, um ihn dann wie eine Maschine zu bedienen. Es kommt auf uns an, es kommt auf die Gesellschaft an, was sie aus den vorgefundenen Umständen macht.

Und wie macht man nun zu einem Lebenswerk wie dem von Karl Marx einen Film? Daran hat der Regisseur in verschiedenen Varianten und Versionen gearbeitet.

Der Film heißt „Der junge Karl Marx“. Dazu muss man berücksichtigen, dass die Chiffre vom „jungen Marx“ (im Gegensatz zum älteren oder „alten“) in der Anti-Marx-Publizistik und -Politik der alten Bundesrepublik eine besondere Rolle gespielt hat.

Der „junge Marx“, das war der humanistische Philosoph, gut abzulegen unter besondere Abteilung Lebensphilosophie. Der Alte, das war der Revolutionär und Umstürzler, also Verfassungsfeind gewissermaßen. Nicht gut, nichts für Schule und Lehre und für die Politik schon gar nicht.

Raoul Peck macht dieses Spielchen nicht mit. Er zeigt einen – und zwar einen ganz entscheidenden – Ausschnitt aus dem Leben und Wirken von Karl Marx, den zwischen Anfang der 1840er Jahre in Paris und dem Kommunistischen Manifest (1848). Am 11. oder 12. Oktober 1843 trafen Marx und seine Frau in Paris ein und blieben dort bis zur Ausweisung im Februar 1845. Dort begann Marx zusammen mit Arnold Ruge, die Zeitschrift „Deutsch-Französische Jahrbücher“ herauszugeben.

Davor liegt die Schul- und Studienzeit in Trier, Berlin und Bonn und die Arbeit bei der liberalen „Rheinischen Zeitung“, deren Herausgeber schließlich vor der preußischen Zensur kapitulieren.

Danach kommt die Arbeit an den wissenschaftlichen Grundlagen, das Wirken in den Vereinigungen der Arbeiterbewegung und das Exil in London, wo Marx 1843 stirbt.

Peck verwendet den Titel „Der junge Marx“ ohne Hintergedanken, also im positiven Sinne von: damals, „als alles anfing“, als die politische Entwicklung sich formte, und die Richtung sich entschied; als Marx vom linken Hegelianer zum Revolutionär und Mitorganisator der Arbeiterbewegung wird.

Und 1845 schreibt Marx dann in der 11. These über Feuerbach: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“ Punkt. Das ist jetzt Lebens- und Arbeitsprogramm.

Aber diese Zeit, in der sich alles Entscheidende entwickelt, ist nicht vorstellbar ohne zwei weitere Menschen: Jenny von Westphalen, die vier Jahre ältere Frau von Karl Marx, und Friedrich Engels.

Jenny Marx hat nicht nur die handschriftlichen Arbeiten von Marx zu (lesbaren) Veröffentlichungen transformiert, sie hat selbst Zeitungsartikel zur Literatur- und Theaterkritik veröffentlicht. Sie hat sieben Kinder geboren, von denen nur drei das Kindesalter überlebt haben, sie hat die politischen Ziele von Marx geteilt und unterstützt, und sie hat gegen alle Anfeindungen in schwierigen eigenen wirtschaftlichen Verhältnissen zu Marx gestanden.

Friedrich Engels, Sohn eines deutschen Fabrikanten aus England, wurde nicht nur zum engen Freund, finanziellen Unterstützer und politischen Wegbegleiter,

er war durch seine eigenen Studien für Marx ein wichtiges Bindeglied für Kenntnisse über das Funktionieren des Fabrikkapitalismus und über die Arbeits- und Existenzbedingungen der Arbeiter in den Fabriken.

Raoul Peck schreibt über die drei: „Der Film begleitet Marx und Engels in ihrer Jugend, er zeichnet ihre unerschütterliche Freundschaft nach und zeigt, wie ein einzigartiges Trio durch die Entbehrungen entsteht, die sie in ihrer turbulenten Jugend erlebt haben. Es ist ein Film, der die Atmosphäre der fiebrigen Zeit der Industrialisierung als Realität entstehen lässt und dabei den Betrachter in das Europa der 1840er Jahre zu tauchen vermag: Fabriken der Schwerindustrie in England, das extreme Elend und der Schmutz der Straßen von Manchester und im Kontrast die goldene Wärme der Pariser Paläste, die Energie einer Jugend, die die Welt verändern will und dabei die törichten Schwelgen der Ungleichheiten wiederherstellen wird.“ (Website)

1847/48 schließlich wird dann von Karl Marx und Friedrich Engels um die Jahreswende im Auftrag des Bundes der Kommunisten das Kommunistische Manifest verfasst. Es erscheint am 21. Februar 1848 in London, kurz vor der Februarrevolution in Frankreich und vor der Märzrevolution im Deutschen Bund. Das Manifest der Kommunistischen Partei wurde in mehr als 100 Sprachen übersetzt. Im Juni 2013 wurde es in das Unesco-Dokumentenerbe aufgenommen

Der Film „Der junge Karl Marx“ zeigt Marx und seine MitkämpferInnen in ihren zwanziger Lebensjahren. Er zeigt, wo und wie Marx sich seine Standpunkte immer in ständiger Auseinandersetzung mit den politischen, philosophischen und wissenschaftlichen Vertretern seiner Zeit und in aktiver Teilnahme am Leben der Arbeiterbewegung erarbeitet.

Der Film zeigt das in einer Weise, die uns den humanistischen Ansatz von Karl Marx verständlich machen kann, den er selbst in dem Aufruf zusammengefasst hat: „...alle Verhältnisse umzustürzen, in denen der Mensch ein geknechtetes, beleidigtes und erniedrigtes Wesen ist.“ (aus K. Marx, „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“).

Dieser auch emotionale Erkenntnis- und Handlungsschwung ist es wert, immer wieder aufgenommen und konkret auf die Verhältnisse praktisch angewendet zu werden. Und das muss jede Zeit und jede Generation neu und ständig und selbst tun.

Dabei hilft Anregung. Lassen wir uns vom „jungen Karl Marx“ anregen.

Christoph Cornides, Mannheim

Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Samstag, 8. April, 13 bis 18.30 Uhr

13.15 Uhr Eröffnung, Organisatorisches

- 13.30 Uhr Vereinsangelegenheiten, Wahlen zum Vorstand • 15–17.30 Uhr **Arbeitsgruppen:** AG 1: In der BRD droht ein Kulturkampf: Eine demokratische Religionsverfassung als linker Gegenentwurf. Einleitung: Karl-Helmut Lechner, Norderstedt. Input: Christiane Schneider, Hamburg • AG 2: Projekt Wegemarken/Kalenderblätter: Internationale Solidarität – Politische Traditionen und Wegemarken in den Ländern der Europäischen Union. Einleitung: Rolf Gehring, Brüssel, Eva Detscher, Karlsruhe • AG 3: Linkekritik.de – Arbeitsplattform und Archiv. Vorbereitung: Barbara Burckhardt, Berlin, Martin Fochler, München, Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen. 17.30–18.30 Uhr Berichte/Anträge aus den Arbeitsgruppen

Sonntag, 9. April, 9 bis 12 Uhr

AfD und Neue Rechte: Theorien, Ideologien, organisatorische Formierung – Bündnispolitik der Gegenkräfte für Menschenwürde, Demokratie, interkulturelle/internationale Solidarität (In Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung der Linken). Beiträge von Autorinnen und Autoren der Politischen Berichte. Thema der jeweils anschließenden Diskussion soll die Sammlung und Klärung von Ansatzpunkten, Zielen und Handlungsmöglichkeiten der Politik gegen Rechts sein.

I. Bernard Schmid, Paris: Frankreich vor der Präsidentschaftswahl: Droht ein Trump-Effekt zugunsten von Marine Le Pen?

II. AfD und neue Rechte: ■ Ulrike Detjen, Köln: Junge Freiheit als inoffizielles Parteioblatt der AfD – Schnittstelle zu Rechtskonservativen anderer Parteien und zur rechten Intelligenz, ideologische Übereinstimmungen und Brüche ■ Eva Detscher, Karlsruhe; Alfred Küstler, Stuttgart: Stichwortgeber, ideologische Bezugspunkte und Anleihen der AfD – In der Partei AfD haben sich Menschen mit unterschiedlichen Vorstellungen von der Welt gefunden, teilweise sich widersprechende oder logisch ausschließende Positionen. Umlaufende Theorien in der Rechten spiegeln sich dort, jedenfalls zum Teil, wieder. Die Spannweite dieses rechten Spektrums ist groß, sowohl was die Auffassungen als auch was das Personal angeht. Im Beitrag wird versucht einen Überblick über umlaufende Theorien in der Rechten, über die öffentlich rechts auftretenden Personen bis hin zu Grenzgängern zu vermitteln. ■ Jörg Detjen, Köln: Bündnispolitik gegen Rechts und gegen die AfD, Erfahrungen aus der Vorbereitung der Aktionen gegen den AfD-Parteitag in Köln.

Spanien: Erinnerungspolitische Bewegung

Die Ergebnisse der Forschung spanischer Historiker seit den Achtzigerjahren fasst der Historiker Francisco Espinosa Maestro so zusammen: Wir zogen aus den Bürgerkrieg zu erforschen und fanden nichts als reine Repression. Denn das, was Bürgerkrieg genannt wurde, spielte sich nur in einer Hälfte des Landes ab. In der anderen gab es einen brutalen Staatsstreich und die Ausführung eines Vernichtungsplans, der zwischen 1936 und 1953 dem Leben von Tausenden Personen ein Ende setzte.

Über 130 000 Menschen wurden im Hinterland – außerhalb der Kriegshandlungen – ums Leben und danach zum Verschwinden gebracht, in irgendwelchen Straßengräben verscharrt.

1939 befanden sich ca. 363 000 Häftlinge in spanischen Kerkern, Konzentrationslagern und Arbeitsbataillonen und 450 000 Antifranquisten im Exil. 300 000 öffentlich Bedienstete wurden entlassen.

Transition / Amnestiegesetz 1977

Der Tod Francos am 20.11.1975 markiert das Ende der knapp 40-jährigen Diktatur und den Beginn der Überführung der klerikalfaschistischen Diktatur in eine parlamentarische Monarchie, die sog. Transition. Am 22.12.78 wurde die Verfassung verabschiedet. Die Wahl des Sozialisten Felipe Gonzalez im Oktober 1982 zum Regierungschef schließt die Transition in etwa ab.

Die Transition war erfolgreich, indem Zug um Zug die faschistischen Machtstrukturen abgelöst, demokratische Institutionen eingeführt und ein wirtschaftlicher Aufschwung erreicht wurde, insbesondere schließlich über die Aufnahme Spaniens in die Europäische Gemeinschaft (1986).

Die Verhandlungen während der Transition waren aber von einer „Asymmetrie der Macht“ gekennzeichnet. Den demokratischen Parteien und Regimegegnern wurde (begleitet von realen und angedrohten Putschversuchen des Militärs) zahlreiche Bedingungen aufgezwungen, um den sozialökonomischen Status quo und die politische Amnestie des Franquismus durchzusetzen.

Am 15. Oktober 1977 wurde das Amnestiegesetz („Pakt des Schweigens“) verabschiedet, das jede Möglichkeit ausschloss, die franquistischen Verbrechen strafrechtlich zu verfolgen. Leiter und Spitzenpersonal der

franquistischen Institutionen, Täter und Mitläufer konnten ohne Bedingungen in das neue demokratische System überwechseln und weiterhin unbeschadet Karriere machen.

Die „Dreizehn von Priaranza“

Am 28.10.2000 begann eine kleine Gruppe von Fachleuten mit der ersten wissenschaftlich fundierten Exhumierung, bei der die Reste von 13 Personen (Minenarbeiter) ausgegraben und identifiziert wurden, die 64 Jahre zuvor durch jeweils zwei Genickschüsse hingerichtet worden waren. Mit der Exhumierung der „Dreizehn von Priaranza“ wurde der „Pakt des Schweigens“ gebrochen und der Startschuss gesetzt zur heutigen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Direkt im Anschluss, im Dezember 2000, wurde die Vereinigung für die Wiedererlangung des historischen Gedächtnisses (ARMH) gegründet. In den Folgejahren entstanden zahlreiche Organisationen lokaler, regionaler oder auch staatlicher Natur, die im ganzen Land aktiv wurden.

Während die einen in Straßengräben, Wäldern und Friedhöfen nach verschwundenen suchen, Ausgrabungen durchführen, kämpfen andere um die Entfernung franquistischer Monamente und Symbole oder für die Errichtung von Erinnerungsorten. Heute existiert eine aus der Zivilgesellschaft hervorgegangene heterogene Bewegung aus einer Vielzahl von großen und kleinen Vereinigungen. Daneben forschen zahlreiche Wissenschaftler (Historiker, Soziologen, Politologen, Anthropologen) über die Repression.

Bis Dezember 2012 hatte die Gedächtnisbewegung 330 Massengräber geöffnet und 6.290 Leichen exhumiert.

Die meisten Opfer auf Seiten der Nationalisten wurden von den Gewinnern des Kriegs exhumiert, geehrt und in Würden bestattet, ihre Hinterbliebenen für den Verlust entschädigt.



Ausgrabung der 13 von Priaranza im Oktober 2000.



San Sebastián: Erinnerung an die 377 Personen, die während des Militärputsches 1936 standrechtlich erschossen wurden. Errichtet 2014, 81 Jahre nach dem Geschehen.

Gesetz des historischen Gedächtnisses

Nach heftigen Auseinandersetzungen in Gesellschaft und Parlament und gegen die Stimmen der damals oppositionellen Partido Popular wurde im Dezember 2007 das Gesetz des historischen Gedächtnisses (Ley de Memoria Historica) verabschiedet. Inhalte des Gesetzes sind u.a.:

- Nachkommen und Vereine können um Subventionen für Exhumierungen nachsuchen.
- Die zuständigen Behörden sollen Karten von Massengräbern erstellen.
- Die zuständigen Behörden haben alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Symbole der Diktatur zu entfernen.
- Ein Dokumentationszentrum für das historische Gedächtnis soll geschaffen werden.

Die Kritik der Gedächtnisbewegung, von Amnesty International und von linken Parteien hebt hervor, dass den Opfern zwar finanzielle und symbolische Entschädigung zugestanden wird, der Franquismus aber rechtlich und von Staats wegen unangetastet bleibt. Die Täter bleiben weiterhin ungeschoren. Die vom franquistischen Justizapparat verhängten Strafen werden nicht annulliert, sondern nur für ungerecht erklärt, somit gibt es keine Entschädigungen.

Am folgenreichsten ist, dass die Exhumierungen aber weiterhin von den Nachkommen der Verschwundenen und den Organisationen der Gedächtnisbewegung durchgeführt werden sollen. Statt einer öffentlichen Gedächtnispolitik sieht das Gesetz eine subventionierte private Politik vor.

Seit 2008 wurden von der damaligen sozialistischen Regierung aufgrund des Gesetzes des historischen Gedächtnisses insgesamt 25,3 Millionen Euro für „Erinnerungsarbeit“ zur Verfügung gestellt, davon 8,1 Millionen für Exhumierungen.

Im März 2012 wurde das dafür bestimmte Jahresbudget von der rechten Partido Popular-Regierung auf 2,5 Millionen Euro gekürzt, 2013 und in den Folgejahren taucht dieser Posten im Budget gar nicht mehr auf. In vielen Städten und Gemeinden, die von der PP regiert werden, werden Exhumierungsarbeiten und das Entfernen franquistischer Symbole be- und verhindert. Das Gesetz wird faktisch außer Kraft gesetzt. In den autonomen Regionen Katalonien, Baskenland, Navarra und neuerdings auch Valencia erhält die erinnerungspolitische Bewegung dagegen Unterstützung durch die politischen Institutionen.

Forderungen der Erinnerungsbewegung – Herstellung von Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung.

Konkret:

- Eine vom Staat getragene Exhumierung und würdevolle Beisetzung möglichst aller schätzungsweise noch 110 000 „Verschwundenen“ oder in Massengräbern Verscharrten.
- Tatsächliche Entschädigung für die Opfer der franquistischen Repression während des Bürgerkriegs und der Diktatur.
- Aufklärung und Verfolgung der franquistischen Verbrechen.
- Freier Zugang zu allen staatlichen und privaten Archiven, verbesserte Möglichkeiten zur Untersuchung der historischen Tatsachen,
- Revidieren des Amnestiegesetzes und der Straflosigkeit der franquistischen Verbrecher, Aufhebung und Nichtig-

Literatur: Georg Pichler, Gegenwart der Vergangenheit. Die Kontroverse um Bürgerkrieg und Diktatur in Spanien. Rotpunktverlag Zürich, 2012. Silke Hünecke, Überwindung des Schweigens, Erinnerungspolitische Bewegung in Spanien. Edition Assemblage, Münster, 2015. Walter H. Bernecker, Sören Brinkmann, Der spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft, 1936 – 2010, Verlag Graswurzelrevolution, 2006.

keitserklärung aller Urteile und Strafen des Franco-Regimes.

- Soziale Gleichstellung der Opfer des Franquismus mit den Opfern der ETA. ETA-Opfer erhalten finanzielle und psychologische Unterstützung, werden sozial betreut und gefördert und verfügen über mächtige Organisationen, die direkte Kontakte zu den Parteien haben.

Empfehlungen der UNO-Arbeitsgruppe für zwangswise Verschwinden (WGEID)

Im September 2013 besuchte die WGEID Spanien und führte Gespräche mit Opfervereinigungen und Anwälten. 2014 sprach sie der spanischen Regierung in einem Bericht Empfehlungen aus.

Spanien müsse endlich „seiner Verpflichtung nachkommen“ und die Verbrechen der Diktatur von General Francisco Franco aufzuklären. Es müssten „genügend personelle, technische und finanzielle Mittel“ zur Verfügung gestellt werden, um die Opfer zu suchen.

Gegen die Stellungnahme der spanischen Regierung, die von Verjährung und Amnestie sprach, erklärte die UNO-Arbeitsgruppe das Verschwindenlassen von Menschen sei ein „permanentes Verbrechen“. Die Verjährung werde erst wirksam, „nachdem die Person lebendig wieder auftaucht oder die sterblichen Überreste gefunden und die Identität festgestellt wird“.

Alle Hindernisse für eine unparteiische Untersuchung müsse der Staat beseitigen, „insbesondere das Amnestiegesetz von 1977, nach dem Verbrechen des Franco-Regimes nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden. Der Staat müsse die Verschwundenen aktiv suchen lassen.“

Ende 2016 kündigte der UNO-Berichterstatter, Ariel Dulitzky, für 2017 einen Folgebericht an, nachdem die spanische Regierung die Empfehlungen bisher nicht umgesetzt hat. Dulitzky zeigte sich beeindruckt von der Anzahl der Massengräber, die noch bestehen. Dies zu ignorieren, würde nicht weiter helfen, es sei notwendig die Gräber zu öffnen, um die Wunden zu schließen. Es erstaune ihn, dass es die Enkel der Opfer sind, die begannen, die Fragen zu stellen. Es benötigte eine Generation, die vollständig in der Demokratie gelebt habe, damit sich Vereinigungen organisierten. Die politische Klasse Spaniens müsste ein Zeichen der Reife geben. Sie könnte das Amnestiegesetz neu interpretieren.

Claus Seitz, Schweinfurt

29. DEZEMBER
1978
SPANIEN

Die spanische Verfassung verankert das Recht auf Bildung

Mit der Verabschiedung der spanischen Verfassung von 1978 wird das persönliche Recht auf Bildung in der spanischen Gesellschaft verankert. Dieser Verankerung sind lange Phasen von Kämpfen im Feld Erziehung/Bildung vorausgegangen.

Das erste spanische Schulgesetz datiert von 1857 und setzt die Schulpflicht von 6 bis 9 Jahre fest. Waren in der ersten Hälfte des 19. Jh. starke Säkularisationstendenzen wirksam, gewann die katholische Kirche, die traditionell die Hegemonie im Feld der Bildung hatte, in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts Terrain zurück. Mit dem Ende des Spanischen Krieges gegen die USA verlor Spanien 1898 die letzten Kolonien in Übersee. Das Zerplatzen imperialer Träume setzte aber auch eine politische und intellektuelle Bewegung in Gang, in der emanzipatorische politische Orientierungen die Bühne betreten.

1900 wurde das Ministerium für öffentliche Unterweisung und schöne Künste gebildet. Neben der Frage des Zugangs zu Schulen spielen die bessere Bezahlung der Lehrer, Hinwendung zu den modernen Wissenschaften oder die Unterstützung von Studierenden bei Auslandsaufenthalten eine Rolle. 1907 wurde ein Rat für Weiterbildung und wissenschaftliche Forschung gebildet. In diesem politischen Klima waren in den ersten 30 Jahren des 20. Jh. diverse

Strukturreformen möglich. 1909 Verlängerung der Schulpflicht bis 12 Jahre; ab 1910 dürfen Frauen sich selbstständig in der Uni einschreiben; die Lehrerausbildung wird verbessert; Aufbau von Schulen im ländlichen Raum. Selbst in der Zeit während der Diktatur unter Primo de Rivera (1923 bis 1930) wurde der Ausbau der Schulinfrastruktur weiter betrieben. Reformpädagogische Ansätze werden von politischen Strömungen aufgenommen und ausgedeutet, kommen aber auch in der katholischen Kirche an.

Während der Zeit der zweiten Spanischen Republik (1931-36) werden dann große Reformvorhaben in Angriff genommen. 5000 Schulen sollen jährlich gebaut werden, es werden Abendklassen für Erwachsene eingerichtet, pädagogische Missionen in die abgeschnittenen ländlichen Gebiete durchgeführt. Vor allem geht es darum den Menschen unabhängig von Einkommen oder Bildungsgrad Zugang zu kulturellen Gütern zu verschaffen. Die Ausbildung der Lehrer wurde verbessert, ihr Gehalt erhöht. Die Verfassung (1931, Art. 38) legte fest, dass der Unterricht nichtkonfessionell (keine christlichen Symbole in Schulräumen) und koedukativ ist, kirchliche Institutionen unterstanden der staatlichen Aufsicht. Erziehung war als Angelegenheit des Staates definiert, ein individuelles Recht fand in der Verfassung keine Er-

wähnung. Die Kirche akzeptierte die neuen Verfassungsgrundsätze nicht, viele Orden widersetzten sich praktisch. Jesuitenschulen im ganzen Land wurden daraufhin in staatliche Schulen umgewandelt. Gleichzeitig wurden Schulen für Arabistik eingerichtet, das pädagogische Studium an verschiedenen Universitäten etabliert, internationale Sommerakademien zum interkulturellen und Wissensaustausch durchgeführt ...

Allerdings wurden viele Initiativen und Änderungen schon 1933 von der neu gewählten (konservativen) Regierung wieder rückgängig gemacht oder infrage gestellt. Die Franco-Diktatur setzt dann eine Zäsur. Die katholische Kirche gewinnt gewissermaßen die Herrschaft über die ethisch-moralische Ausbildung der spanischen Gesellschaft zurück. Der Religionsunterricht wird nicht nur verpflichtend und kirchliche Schuleinrichtungen gefördert, die Kirchen sind auch die schulischen Inspektionseinrichtungen und entscheiden über die Auswahl der Schulbücher. Die Trennung von Kirche und Staat wird rückgängig gemacht. Allerdings finden auch während der Zeit des Francismus Auseinandersetzungen statt. Die katholische Kirche tritt teils in Opposition zu der Politik Francos, liberale Minister wollen eine Modernisierung des Landes und ein Ausbildungssystem, dass eine stärkere Industrialisierung möglich machen soll. Ein Gesetz zur Reform der Schulstrukturen von 1970 bleibt bis 1990 gültig.

Die Verfassung von 1978 proklamiert dann das individuelle Recht auf Bildung. Eine weitere grundlegende Veränderung war die Zuständigkeitssteilung zwischen Zentralstaat und autonomen Regionen, die weitreichenden Einfluss auf Verwaltung und Curricularentwicklung erhielten. Mit dem Schulgesetz von 1990 wird auch ein anderer institutioneller Rahmen für die Curricular-Entwicklung geschaffen. Die allgemeinen Rahmenpläne sollen den örtlichen Gegebenheiten angepasst und die Lehrer/Lehrerkollektive in diese Arbeit einzbezogen werden. Mit der Einrichtung von Schulräten (Lehrer, Verwaltung, Eltern, Schüler) im Schulgesetz von 1985 wird eine zweite Institution etabliert, die das Schulwesen insgesamt einer demokratischen Ausgestaltung zugänglich macht.

Rolf Gehring, Brüssel

Quelle: Consuelo Flecha: Education in Spain: Close-up of its History in the 20th Century https://www.researchgate.net/publication/272976713_Education_in_Spain_Close-up_of_Its_History_in_the_20th_Century



Si sabrá mas el discípulo?

Si sabrá mas el discípulo?

[Ob der Schüler mehr weiß ?]

„Für Goya und den Kreis der Aufklärer waren Erziehung und Schulbildung ein besonderes Anliegen, herrschten doch in Spanien katastrophale Zustände. Die heftig kritisierten Erziehungsmethoden werden mit einer Beschäftigung für Esel verglichen. Entsprechend heißt es im Kommentar der Biblioteca Nacional: „Ein Esel als Lehrer kann nur Eselsgeschrei lehren.“

Der Maler Goya: Francisco José de Goya y Lucientes, geb. 1746 in Spanien, wird vom Barockmaler im höfischen Umfeld zum Beobachter der sozialen und politischen Umstände, insbesondere während der napoleonischen Herrschaft. Ab 1824 Exil in Frankreich. Gestorben 1828 in Bordeaux.



LAS MISIONES PEDAGÓGICAS 1931-1936

finanzieren. Präsident dieses Patronats war Bartolomé Cossío.

Ziel der „Pädagogischen Missionen“ war zum einen die Alphabetisierung. Außerdem sollte das Bildungs- und das kulturelle Niveau der am meisten Benachteiligten der spanischen Bevölkerung angehoben werden, das waren hauptsächlich die Bauern, Arbeiter, Kinder und alle, die an schwer zugänglichen Orten wohnten. (...)

An diesen „Missionen“ arbeiteten in altruistischer Weise herausragende Intellektuelle, Dichter und Künstler mit, u.a. Federico García Lorca, Miguel Hernández, Rafael Alberti oder Luis Cernuda. Auch Studenten und viele aus Berufen wie Lehrer, Bibliothekare, Ärzte, Rechtsanwälte, Menschen mit irgendeiner Arbeit oder auch ohne, lauter begeisterte Mitarbeiter übernahmen Aufgaben der „Missionen“, um die Kultur unter das Volk zu bringen.

Die „Pädagogischen Missionen“: Erziehung und freie Zeit in der Zweiten Spanischen Republik

1931 wurde das „Patronat der pädagogischen Missionen“ gegründet, um die verschiedenen Regionen des Landes zu erreichen und um sie mit öffentlichen Mitteln zu

In diesem Zuge wurden Bibliotheken und Filmdienste aufs Land gebracht – meistens musste ein improvisierter Projektionsraum herhalten, weil geeignete Orte nicht zur Verfügung standen. Ebenso wurde Theater und Museum auf die Dörfer gebracht. In improvisierten Räumen wurden eine Woche lang von den „Missionaren“ Kunstwerke in Schulklassenzimmern oder an irgendeinem anderen Ort ausgestellt, den die Stadt ermöglicht hat.

(...) Die besuchten Dörfer erhielten eine Bibliothek mit ungefähr hundert ausgewählten Büchern sowie ein Gram-

mophon mit einer Schallplattenauswahl. Das Leuchtturmpunkt dieser „Missionen“ war die Gründung von Bibliotheken. Es wurden aber auch Ausstellungen, Lesungen, Theateraufführungen und ganz allgemein kulturelle Aktivitäten aller Art zum Vergnügen, vor allem aber zur Unterrichtung der Menschen organisiert.

Die drei Jahre des Bürgerkriegs (1936 bis 1939) und die darauf folgende Franco-Diktatur beendeten diese einzigartige Erfahrung in der spanischen Geschichte.

Maria Angeles Romero Cambra, Madrid, Übersetzung a.d. Englischen Eva Detscher



Der Poet Luis Cernuda bringt auf einem der Maultiere der „Mission“ Bücher nach Burgohondo (Ávila).

http://elpais.com/diario/2006/04/08/babelia/1144453151_740215.html

El País vom 8. April 2006



Bildung: Anarchistische Reformanstöße

Um dem grassierenden Analphabetismus (1877 = 72 Prozent; 1910 = 59 Prozent) und staatlich/kirchlicher Indoktrination eine aufgeklärtere Bildungsvorstellung entgegenzusetzen, engagierten sich Anarchisten im späten 19. u. frühen 20. Jahrhundert auf unterschiedliche Weise, beispielsweise indem sie Leseräume in Kulturzentren für die Arbeiterbildung bereit stellten oder auch in anarchistischen Journals und Zeitungen, die Laien dazu aufforderten Artikel zu schreiben und diese zu veröffentlichen. Dem lag auch eine Ablehnung der hierarchisch geprägten Gesellschaft und einer vermeintlichen intellektuellen Überlegenheit der Eliten zu Grunde.

Neue Themenfelder des sozialen Lebens wurden erschlossen, anarchistische Publikationen beispielsweise setzten sich mit progressiven Ideen wie Vegetarismus, Nudismus und der Beziehung zwis-

schen den Geschlechtern auseinander.

Mit der 1901 gegründeten Escuela Moderna formulierte der vom Anarchismus beeinflusste bürgerliche Reformer Francisco Ferrer y Guardia eine Alternative zu den antiquierten Curricula von Staat und Kirche, die uns aus heutiger Sicht selbstverständlich erscheinen mögen, ihrer Zeit jedoch weit vorraus war. Auf Grundlage von Rationalismus und anarchistischem Gedankengut gründete Ferrer ein alternatives Schulmodell, dessen Aufgabe er darin verstand, selbständiges

und vorurteilsfreies Denken zu fördern und Schülern egalitäre Werte zu vermitteln, die im Gegensatz zur hierarchisch geprägten Gesellschaft standen. Naturwissenschaften sowie technische und praktische Anwendungen, die die Schüler auf die Anforderungen der modernen Industriegesellschaft vorbereiten sollten, waren zentral. Ebenfalls ihrer Zeit voraus waren die pädagogischen Methoden, die beispielsweise auf Bestrafung und Prüfungen verzichteten. Jungen und Mädchen sowie Kinder unterschiedlicher sozialer Herkunft wurden gemeinsam unterrichtet was seinerzeit in Spanien unüblich oder ortswise sogar verboten war.¹

Innerhalb weniger Jahre gab es bereits Dutzende derartiger Schulen, die sich auch ins Ausland verbreiteten. Zwar waren die Ferrer Schulen während der Franco-Diktatur in Spanien verboten bestehen aber mancherorts bis zum heutigen Tage weiter.

Stephen Schindler, Brüssel
1 <http://flag.blackened.net/revolt/spain/ferrer.html>



<https://es.slideshare.net/profeshispanica/la-escuela-moderna-12644253>

Inhalt**Aktuelles**

Bayern: Volksbegehren gegen Ceta nicht zugelassen • Brexit-Gesetz beschlossen • „Das wird keine Änderung, sondern die Abschaffung des klassischen Systems einer parlamentarischen Demokratie“ Türkei: Demokratie vor dem Aus? 3

Die Türkei auf dem Weg zum Verfassungsreferendum

Wahlkampf international?
Zum schwierigen Schutz der Opposition im Völkerrecht

Aktuelles zur Wahl in Frankreich**Strippenzieher und Brandstifter hinter Trump****Auslandsnachrichten**

USA: Internationales Treffen der Gewerkschaftsjugend • Schweden: Druck auf Ikea-Transportkette • Schweiz: Frontalangriff aufs Arbeitsgesetz • Tschechien: Lohnerhöhung bei Lidl • Madagaskar: Hafenarbeiter kämpfen für ihre Rechte • Türkei: Unterstützung für entlassene LehrerInnen • Australien: Molkereigigant sperrt Belegschaft aus • Chile: Streik in größter Kupfermine der Welt

Aktionen ... Initiativen

Deutschland muss sich jetzt an Atomwaffenverbotsverhandlungen beteiligen • Entwicklungspolitik ist keine sicherheitspolitische Maßnahme! • 8. März. Wir verändern. Internationaler Frauentag • Transparenz-Ranking 2017: Hamburg und Schleswig-Holstein vorne • Positive Entwicklungen in Bangladesch – aber die Krise ist noch nicht überstanden!

Fachtagung „Krankenhausschließungen im ländlichen Raum und was dann?“**Krankenhausschließungen und Gesundheitsversorgung im Landkreis Heilbronn****Kommunalpolitik, Thema: Gesundheit****Auf dem Weg zu einem sozialen Europa?****Aus der Tarifbewegung**

Nationale und internationale Kritik an Höckes Dresdner Rede • Köln: Große Demonstration gegen den AfD-Parteitag

Proteste gegen die Ehrung der lettischen Waffen-SS sollen sich auf europäische Städte ausweiten**Zur Einführung in den Film „Der junge Karl Marx“ von Raoul Peck****Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation****Spanien: Erinnerungspolitische Bewegung****1978 Kalenderblatt: Die spanische Verfassung verankert das Recht auf Bildung**

2

Einladung: Sprockhöveler Treffen 2017 – 6./7. Mai**Emanzipatorische Arbeitspolitik – Aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Beginn: Am 6.5. um 13 Uhr- **Ende:** Am 7.5. um ca. 13 Uhr.

Ort: IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel, Otto-Brenner-Str. 100, 45549 Sprockhövel

Tagesordnung:

1) Brexit, Trump und andere – wie ihnen begegnen? Eine der ersten Amtshandlungen von Trump war die Suspendierung des Transpazifischen Handelsabkommens TPP. Der Brexit wirft den Schatten möglicher wirtschaftlicher Verwerfungen zwischen der EU und Großbritannien voraus. Und in Frankreich spricht der linke Präsidentschaftskandidat Jean-Luc Mélenchon vom solidarischen Protektionismus.

Welche Risiken bringt eine Störung des Welthandels und ein Rückfall in nationale Abschottungen durch diese Entwicklungen und wie kann ihnen begegnet werden? *R. Lötzer*

2) Gewerkschaftliche Organisation von prekär Beschäftigten. Die Ausdehnung des großen Gefüges prekär Beschäftigter hat nicht nur eine gewissermaßen gewaltsame Absenkung des Werts der Ware Arbeitskraft zur Folge, sondern führt auch Momente der Entrechnung mit sich. In manchen Beschäftigungsformen entfällt die Einbeziehung in Arbeitsschutzmaßnahmen oder auch die Zuständigkeit der betrieblichen Interessenvertretung.

Welche Erfahrungen und Ideen gibt es auf gewerkschaftlicher Seite, um die erkennbare Schäfe zu überwinden und solche Beschäftigtenbereiche besser als bisher zu organisieren? *B. Rocker / R. Gehring*

3) „Eribon: Rückkehr nach Reims“, wie die Linke die Arbeiterklasse verlor! Mit siebenjähriger Verzögerung ist die autobiographisch-soziologische Erzählung des Pariser Soziologieprofessors Eribon „Rückkehr nach Reims“ jetzt auch hierzulande mit großer Auflage und Aufmerksamkeit bedacht worden. Eribon treibt insbesondere die Frage um, wie die französische Rechte, der Front National, die ehemals fest in linker Hand befindlichen Arbeitermilieus und -regi-

onen hat „übernehmen“ können. Seine These: Die Linke hat sich von Klassenfrage samt Arbeitern selbst abgewendet und den Rechten damit dieses Feld überlassen und so deren Aufstieg ermöglicht. Eribons These beansprucht Aktualität für die Strategiebildung linker Politik in Europa. Die Brisanz der These für gewerkschaftliche Politik ist unübersehbar. *G. Kasch*

(Material: Interview mit Eribon: www.rosalux.de/42861 und Mitschnitt der Luxemburg Lecture mit Eribon: www.rosalux.de/documentation/57001)

4) Arbeitszeit – Zur Brüchigkeit des Konzeptes des Normalarbeits-tages. Die Arbeitszeit als ein wesentliches Moment der materiellen Arbeitsbedingungen hat ihre Funktion als zentrales Element der (einheitlichen) gesellschaftlichen Gestaltung (Samstag gehört Vati mir / 35-Stunden Woche) weitgehend eingebüßt. Einer recht langen Phase gewerkschaftlicher Defensive sind jetzt wieder vermehrte Anstrengungen einer tariflichen Gestaltung gefolgt. – Versuch einer Bestandsaufnahme. *B. Kurzer / R. Gehring*

5) Änderungen im Rentenrecht. Sowohl das Rentenkonzept der Partei und Bundestagsfraktion Die Linke (dazu gehört die „solidarische Mindestrente statt Altersarmut“) als auch die Rentenkampagne des DGB zu den Bundestagswahlen 2017 („Kurswechsel: Die gesetzliche Rente stärken.“) und die Beschlusslage der Einzelgewerkschaften arbeiten an der Verbesserung des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung. Ein Vergleich. *M. Ohse*

6) Mindestlöhne in Europa. Informativer Punkt: Vergleiche über eine längere Zeitreihe zeigen ein deutliches Wachstum bei den Mindestlöhnen in Mittel- und Osteuropa, auch in Kaufkraftparitäten – Vorstellung einer Studie der Dublin Foundation und einer EGB-Strategie zu Mindestlöhnen. *R. Gehring*

Übernachtung: Im Bildungszentrum Sprockhövel sind ausreichend Zimmer reserviert. Die Übernachtungskosten betragen 57 Euro pro Person.

Anmeldungen+Kontakt: Anmeldungen an: • Rolf Gehring – rgehring@efbh.be; Tel.: +32(2)227.10.43
• Brigitte Kurzer – brigitte.kurzer@igmetall.de

Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 8. und 9. April 2017 (Wochenende vor Ostern) in der Jugendherberge in Mannheim, Rheinpromenade 21

Ausführliche Ankündigung siehe Seite 20.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 13. April 2017. Redaktionsschluss: Freitag, 7. April. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de. Die Erscheinungstermine 2017: 13. April, 11. Mai, 6. Juli, 3. Aug., 31. Aug., 12. Okt., 9. Nov., 7. Dez.